

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Kleinstes Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zust. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Leihanzeigen 50 Pf., außerhalb der Hauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (mit von Befehlen) die Seite 200 Pf. — Einzelzahl und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 185

Mittwoch den 10. August 1921

87. Jahrgang

Mehl und Brot.

I. Die Abgabe von Mehl und Brot und sonstigem Gebäck aus dem vom Kommunalverband bewirtschafteten Brotgetreide (Umlagegetreide) darf seitens der Bäcker und Händler nach wie vor nur gegen Brotmarken erfolgen. Die Erwerbung und Abgabe von solchem Mehl, Brot oder sonstigem daraus hergestellten Gebäck ohne Brotmarken ist verboten.

II. Die Brotration bleibt bis auf weiteres dieselbe wie bisher. Ebenso ändert sich nichts an der Gewichtsmenge des auf die einzelnen Brotmarken bezugnehmenden Mehles, Brotes oder sonstigen Gebäcks. Wer unbefugt mehr Brotmarken entnimmt, als ihm für seinen Haushalt zukommen, hat außer der Bestrafung zu gewärtigen, daß ihm die zuviel erhobenen Brotmarken wieder gefügt werden. Der Handel mit Brotmarken ist verboten. Verlorene Marken werden nicht ersetzt. Die über die Regelung des Verkehrs mit Reisebrotmarken erlassenen Bestimmungen bleiben einstweilen in Kraft.

III. Selbstversorger erhalten keine Brotmarken. Die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe mit einer Getreideanbaufläche von nicht mehr als 1 ha, die mithin von einem Pflanzfeld befreit bleiben, dürfen für sich und die von ihnen zu versorgenden Personen Brotmarken solange nicht beziehen, als der Ertrag zu ihrer und der fraglichen Personen Versorgung bei Zugrundelegung eines Jahresbedarfs von 144 kg pro Kopf zureicht.

IV. Infolge der Steigerung der Getreidepreise und des herabgesetzten Reichszuschusses für die Verbilligung von Brot erhöht sich mit Wirkung vom 15. August 1921

ab und für die neue Brotscheinreihe, soweit solche schon vorher beliefert wird, von der Belieferung ab:

1. der Mehlpreis bei
a) Roggenmehl 85 % auf 347 M.
b) Weizenmehl 85 % auf 371 M.
für 100 kg ab Mühle, netto Kasse, ohne Sack,
2. der Kleinhandelspreis bei
a) Roggenmehl 85 % auf 2,00 M.
b) Weizenmehl 85 % auf 2,10 M.
für das Pfund,
3. der Brotpreis
auf 1,63 M. für das Pfund und
auf 6,15 M. für 1 Brot von 1900 g
4. der Preis für Weizengebäck
a) 75 g (Semmel) = 35 Pf.
b) 375 g = 160 Pf.
c) Zwiebad 60 g = 55 Pf.

Die Ausgabe von Krankemehl und Krankengebäck nach Ausbrauch der Bestände wird eingestellt.

V. Soweit noch Bestände an Mehl (einschließlich Gebäck in Mehl umgerechnet) zu Preisen alter Ernte im Bezirke vorhanden sind, muß der durch die höheren neuen Preise erzielte

Derlaches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Mit dem Herangehen der Ernte ist es kaum je so schnell gegangen, wie heuer. Vor 3 Wochen hat die Ernte begonnen, und heute ist sie in der Hauptsache schon beendet. Nachdem das Korn durch das Regenwetter und die kühlen Temperaturen im Juni und Anfang Juli in der Reife zurückgeblieben war, wurde nach Eintritt des heißen Wetters das Sommergetreide mit ihm schnittreif. Da galt es bei den Arbeiten sich zu spüren. Der Landwirt hat die Zeit auch genutzt, und da das Wetter nicht ein einziges Mal eine Störung verursachte, die Sonne auch rasch drörrte, kam die Ernte überraschend schnell herein. Da das gute Wetter anhält, wird es nicht lange dauern, bis der Rest vollends unter Dach und Fach ist.

Die in Nr. 184 gebrachte Notiz, Gebäckpreise betr., ist irrtümlich unter „Dippoldiswalde“ geraten, sie betrifft den Kommunalverband Pirna. Wie aus der Bekanntmachung in heutiger Nummer zu ersehen ist, ist der Preis für ein 1900-Gramm-Brot in unserem Kommunalverbands-Bezirk 6,15 Mark, für eine 75-Gramm-(Weizenmehl-)Semmel 35 Pf., der Mehlpreis für den Doppelzentner 85% Roggenmehl 347 M., 85% Weizenmehl 371 M. Im Kleinhandel kostet das Pfund Roggenmehl 2 M., Weizenmehl 2,10 M.

Morgen Mittwoch gelangt in den Siern-Lichtspielen mit dem Filmstern Henny Porten das fiktive Drama „Die goldene Krone“ zur Darstellung. — Anschließend zeigt sich dann der weitere Stern Lotte Neumann in dem fiktiven Lustspiel „Romeo und Julia im Schnee“. Es ist also jedem Geschmack, Ernst und Scherz, Rechnung getragen.

Tomaten sind zwei Blätter über den letzten Fruchtansatz zu köpfen, damit die Nährstoffe voll und ganz den Früchten zugute kommen.

Trockenheit und Feuergefahr. Die anhaltende Trockenheit und die damit zusammenhängende außerordentliche Mehrung von Bränden, die menschliche Nieder-

lassungen, Felder, Moore und Waldungen verheeren, geben Anlaß, größte Vorsicht beim Anzünden von Feuer an gefährlichen Plätzen und bei der Behandlung des Feuers einzuschärfen. Unter den jetzigen Verhältnissen können durch Abkochen im Walde, Wegwerfen von glimmenden Zündhölzern, Ausleeren von Pfeifenköpfen usw. sehr leicht die größten Brände entstehen. Nach dem Reichsstrafgesetzbuch ist das Feueranzünden an gefährlichen Stellen in Wäldern oder auf Heiden oder in gefährlicher Nähe von Gebäuden verboten. Bei der gegenwärtigen Dürre wird jede Stelle in Wäldern, Mooren und Heiden als gefährlich im Sinne dieser Vorschrift zu erachten sein. Fahrlässige Herbeiführung eines Brandes kann mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 900 M. bestraft werden. Außerdem kann sich weitgehende zivilrechtliche Haftung aus fahrlässiger Brandstiftung ergeben.

Von den Vereinigten Brikketwerken in Dresden werden sogenannte Mischbriketts angeboten, die — hergestellt aus Steinkohlen, Braunkohlen und Koksgrus — mit anderen minderwertigen Holzstoffen, wie Torf, Naphthesteinen usw. vermischt werden dürfen. Sie besitzen einen Heizwert von etwa 5000 Calorien und haben außerdem den Vorzug, daß sie voraussichtlich auf die ausfallenden Mengen nicht angerechnet werden. Da die Kohlenversorgung, besonders aus Oberschlesien, immer noch sehr zu wünschen übrig läßt und sich die Lage im kommenden Winter durch unvorhergesehene Ereignisse noch mehr verschlechtern kann, liegt es im Interesse eines jeden Verbrauchers, sich bei Zeiten einzudecken, zumal sich die Mischbriketts sowohl für Hausbrand, wie für Gewerbe, Zentralheizungen, Gärtereien, überhaupt jeden Betrieb eignen. Bestellungen müssen umgehend bewirkt werden. Nähere Auskunft geben die Ortskohlenstellen. Mischbriketts liegen zur Ansicht dort aus.

Zusammenbruch weiterer Sportbanken. In den letzten Tagen konnte, wie die Sächsisch-Böhmische Korre-

spondenz erfährt, der Köhn-Konzern in Dresden wiederholt die versprochenen Dividenden nicht auszahlen, da angeblich die Gelder aus Berlin infolge der Beschlagnahmen durch die Finanzämter nicht eingetroffen waren. Unter den „Mitgliedern“ herrscht deswegen große Erregung. Mit dem Köhn-Konzern scheint es überhaupt zu Ende zu gehen, denn einer zum 30. August einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung der A.-G. für Sportunternehmungen in Berlin wird die Übernahme der Carl-Köhn-Sportbank zum 31. Aug. und die Erhöhung des Grundkapitals in noch festzusetzender Höhe vorgeschlagen. — Ferner erfahren wir, daß manche Mitglieder des Alemannia- und anderer West-Konzerne bei Zusammenbrüchen um ihr Geld kommen dürften, weil sie die Einzahlungen zwecks Steuerhinterziehung nicht unter ihrem richtigen Namen haben und daher bei einem Konkurs nicht nachweisen können, daß sie wirklich die Einzahler sind. Geising. Lehrer Gerhard Neubert, bisher Hilfslehrer in Wilmsdorf, wurde einstimmig zum Kantor in Geising gewählt.

Dresden. Aus dem amtlichen Bericht über den Saatenstand in Sachsen zu Anfang August geht zahlenmäßig hervor, um wieviel sich die Ernteaussichten infolge der anhaltenden Trockenheit gegenüber dem vorigen Monat verringert haben. Eine geringe Verbesserung ist natürlich bei den Halmfrüchten zu verzeichnen, weil es sich um den Reifezustand handelt und da Trockenheit wohltätig ist. Dagegen ist eine Verminderung des Standes zu verzeichnen bei Kartoffeln, Runkelrüben, Zuckerrüben, Klee, Luzerne und Wiesen. Während die Zahlen bei den Körnerfrüchten eine gute bis mittelgute Ernte anzeigen, laufen die Zahlen bei Kartoffeln, Rüben, Klee und Wiesen, die im vorigen Monat noch auf gut bis mittel lauteten, diesen Monat nur noch auf mittel bis gering. Sehr abel steht es mit der Futterversorgung für das Vieh aus. Am meisten hat die Trockenheit den Hackfrüchten, Futterpflanzen und Wiesen geschadet. Die Kartoffeln sind

Mehrgewinn zu Gunsten des Reichs eingezogen werden. Als Grundlage für diese Abrechnung gilt die Bestandsanzeige nach dem Stande vom 14. August abends unter Weglassung der bis dahin schon belieferten neuen Brotmarken.

VI. **Zwiderhandlungen** gegen die vorstehenden Bestimmungen werden nach § 49 des Reichsgesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 bestraft. Bäcker, die mehr Mehl verbrauchen, als nach den erlassenen Vorschriften zulässig ist, haben außerdem das fehlende Mehl reiflos aus marktfreiem Mehl zu ersetzen. Von dieser Bestimmung wird auf das Schärfste Gebrauch gemacht werden, da die Rücksicht auf die Allgemeinheit verlangt, daß mit dem aus dem Umlagegetreide hergestellten Mehl ordnungsgemäß umgegangen und es namentlich nicht zur Herstellung von teurem marktfreiem Brot verwendet wird. Auch kann, wenn sich ein Bäcker in der Befolgung der Pflichten, die ihm durch das Gesetz vom 21. Juni d. J. und die vorstehenden Bestimmungen auferlegt sind, unzulässig erweist, die **Bäckerrolle geschlossen** werden.

Dippoldiswalde, am 8. August 1921.

Der Kommunalverband

Maul- und Klauenseuche.

Im Bezirk der unterzeichneten Amtshauptmannschaft herrscht die Maul- und Klauenseuche nur noch in Stadt Bärenstein bei den Guts- bzw. Wirtschaftsbesitzern Franz, Lippmann, Mende, Böhme, Balda, Eichler, Richter, Pellmann, Rauscher, Bär, Hermann und Rasper. Die übrigen Gemeinden des Bezirks sind frei von Seuche.

885 O

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 8. 8. 1921.

Bekanntmachung.

Hingabe von Steuermarken zur Anrechnung auf die Reichseinkommensteuer betreffend:

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mit Erlaß vom 20. Juni 1921 — III 17 101 — nachgelassen, daß den Arbeitgebern auf ihren Antrag von dem Finanzamt gestattet wird, daß sie die Blätter mit den vorschrittsmäßig entwerteten Steuermarken aus den Steuerarten ihrer Arbeitnehmer herauslösen und den Arbeitnehmern die einzelnen Blätter zwecks Begleichung ihrer Steuerschuld aushändigen. Die Bestimmung des § 8 Absatz 1 Satz 2 und Satz 3, Absatz 1 der Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn für das Rechnungsjahr 1920 vom 21. Mai 1920 (Zentralblatt für das Deutsche Reich 1920 Seite 832 ff.), wonach zwecks Hingabe der Steuermarken an Zahlungsstatt der Arbeitnehmer die Steuerkarte der Steuerhebestelle vorzulegen hat und die hinzugebenden Steuermarken mit dem entsprechenden Blatte der Steuerkarte nur von der Steuerhebestelle aus der Steuerkarte entfernt werden dürfen, kommt in diesem Falle nicht mehr zur Anwendung.

Die erforderlichen Anträge sind bei dem für den Arbeitgeber zuständigen Finanzamte zu stellen.

Der vorstehende Erlaß hindert nicht, daß die Arbeitgeber die Steuerblätter zum Zwecke der Abrechnung für das Rechnungsjahr 1920 nach der Bekanntmachung vom 5. August 1921 zur Vermeidung von Zeitverlüssen seitens der Arbeitnehmer gesammelt bei der Steuerhebestelle einreichen dürfen. (1223 III.)

Finanzämter Dippoldiswalde und Heidenau, am 8. August 1921.

auf leichten, sandigen Böden, wo die Hitze sehr intensiv gewirkt hat, vielfach schon im Kraute abgestorben, sodass der Ertrag hier ein sehr geringer werden wird. Aber auch den übrigen Kartoffelfeldern fehlt zum Wachstum der Knollen ein durchdringender Regen. Ebenso ergeht es den Rüben, die bei der Trockenheit nicht von der Stelle wachsen. Der zweite Schnitt Klee geht zur Reife, der stehengebliebene brennt aus; die Grünfütterverhältnisse werden immer schwieriger, zumal auch die gefällten Herbstfütterpflanzen bei der Trockenheit nicht aufgehen und infolgedessen keinen Ertrag geben. Wenn nicht bald Niederschläge kommen, wird der Viehstand wohl reduziert werden müssen, da schon die Heuernte einen geringen Ertrag gegeben hat und für eine gute Grummenterte vorläufig wenig Aussichten vorhanden sind, da auf trockenen Wiesen das Wachstum der Gräser mitunter vollständig erloschen ist. Die Erntearbeiten sind schon weit vorgeschritten, selbst in höheren Lagen ist schon ein größerer Teil der Ernte geerntet.

Der Deutsche Fleischergehilfen-Bund beruft zum 21. d. M. seine diesjährige Zweigbundsversammlung nach Dresden ein. Die Hauptversammlung findet ab 1 1/2 Uhr nachmittags in den Räumen des Gewerbehause, Ostra-Allee, statt.

Groszhrörsdorf. In Hauswalde stahl während der Abwesenheit des Wirtschaftsbefähigten ein Vorübergehender aus der Kommode eine Kassetten mit 50 000 M. Wertpapieren, ein Sparkassenbuch und über 50 000 M. Bargeld. Der Täter wurde in dem Augenblick verhaftet, als er vom Bahnhof Groszhrörsdorf abfahren wollte. Er entpuppte sich als der 28jährige Klemperer Fröhlich aus Dresden. Er hatte nur das Bargeld zu sich genommen, die Kassetten mit dem übrigen Inhalt aber im Walde vergraben.

Gosslau. Bei den Schürfarbeiten zum Bau der neuen Marlenröndellstraße Bad Gosslau-Hellendorf über die Erdmannsdorfer Felder wurden an einer Stelle ausgedehnte Stollengänge freigelegt, die wahrscheinlich mit dem früher hier betriebenen Silberbergbau zusammenhängen. Die Stadtverwaltung hat beim Bergamte in Freiberg die Untersuchung der aufgefundenen Stollengänge beantragt.

Meißen. Am Freitag wurde in der Fürstkapelle des Meißner Domes auf dem Grabmal des Markgrafen Friedrich des Streitbaren in aller Stille ein Kranz niedergelegt. Die in schwarz-rot-goldenen Farben gehaltene Schleife des Kranzes trägt die Aufschrift: „Dem Befreier der Stadt Brüg im Herbst 1421 — Brügler Bürger im Herbst 1921 in deutscher Treue.“ Der 5. August ist, wie das „Meißner Tageblatt“ schreibt, für die Stadt Brüg ein historischer Gedenktag von besonderer Bedeutung. Die Hussiten hatten die benachbarten deutschböhmischen Städte Komotau, Bilin, Teplich, Osseg und andere, überwältigt, zerstört und niedergebrent. Und die deutsche Bürgerschaft zum größten Teil niedergemetzelt. Auch Brüg war schon wochenlang belagert worden, und es hatte den Anschein, als ob die Besatzung dem Ansturm nicht länger würde widerstehen können. Da kam am 5. August 1421 Markgraf Friedrich der Streitbare aus dem Meißner Landen mit einem Erzhilfen über das Erzgebirge, um die schwer bedrohte Stadt zu retten. Die Hussiten erlitten bei Brüg die erste große Niederlage. Die althergebrachte Feier zur Erinnerung an jene Zeit, die alljährlich in Brüg stattfand, muß, seitdem die unumschränkte Herrschaft besitzen, unterbleiben. Die 500jährige Wiederkehr des denkwürdigen 5. August besonders festlich zu begehen, wie es geplant gewesen ist, ist den Brügern unter den heutigen Verhältnissen nicht möglich. Dennoch wollten sie diesen bedeutungsvollen Gedenktag nicht ganz unbemerkt vorübergehen lassen, und so haben sie in dankbarem Gedenken an die Erlösung ihrer Vorfahren aus schwerer Not und Gefahr ihren Befreier durch die Kranzniederlegung auf seinem Grabmal geehrt und damit zugleich ihrer freudeutschen Gesinnung und ihrem Festhalten an deutschem Wesen sichtbar Ausdruck gegeben.

Rossen. Das letzte, unsere Gegend berührende Gewitter, war von orkanartigen Wirbelfürmen begleitet, die in einem Teile des Orlauer Waldes bedeutenden Schaden angerichtet haben. Die Bäume wurden teils mit den Wurzeln aus dem Waldboden gerissen, teils in größerer oder geringerer Höhe abgebrochen. An manchen Stellen liegen die entwurzelten Bäume gruppenweise wüst durcheinander.

Ostrau. In der Nacht zum Montag wurden drei Arbeiter aus Gosslau auf Junschwitzer Rittergutsklar beim Weizen-diebstahl durch den Wächter und seinen Landwirtschaftsbeamten überrascht und gefasst. Ihrer Namensfeststellung entzogen sie sich durch schnelles Weitergehen. Um sie zum Stehen zu bewegen, gab der Wächter einen Schreckschuß ab, da sie trotzdem nicht standen, wurde ein zweiter Schuß abgegeben, der den Arbeiter und Kriegsmoalben Winkler aus Gosslau getroffen hat. Während Winkler sich noch eine kurze Strecke weitergeschleppt hat und dann liegengeblieben und gestorben ist, sind die anderen beiden nach Gosslau weitergegangen. Noch in der Nacht gegen 2 Uhr haben sie dann ihren Genossen gesucht, aber erst früh gegen 5 Uhr im Gesträuch gefunden. Das Weitere wird die sofort von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung ergeben.

Schneeberg. Viele Jahrzehnte hindurch bemühten sich die Städte Schneeberg und Renshaldt samt den umliegenden Orten um eine direkte Bahnverbindung mit dem Vogtlande mit Anschluß in Plauen oder Auerbach, aber immer vergeblich. Zuletzt blieb nur noch die Hoffnung, daß die zuletzt vom Landtage genehmigte Bahn Rodewisch-Rothenthal, einmal bis nach Schneeberg fortgesetzt würde. Aber auch dieser Trost ist jetzt durch einen Bescheid des Reichsarbeitsministeriums, nach welchem der Bau dieser Strecke wegen der hohen Ausführungskosten und der zu erwartenden geringen Einnahmen auf absehbare Zeit als unmöglich erklärt wird, zu schanden gemacht worden, und das sächsische Arbeitsministerium fügt der Abgabe hinzu, daß von ihm aus weitere Bemühungen um den Bau der Bahn Rodewisch-Rothenthal keine Unterstützung mehr finden wird.

Herrnhut, 8. August. Heute mittag kurz nach 12 Uhr brach in einem Seitengebäude der Fabrik von Abraham

Dörning ein Brand aus, der sich infolge des rasenden Nordweststurmes rasch auf die angrenzenden Häuser der Laden-gasse ausbreitete und diese in Flammen setzte. Auch das sog. Witwenhaus der Bräutigemeinde wurde von dem Feuer zerstört, das sich immer noch ausbreitet und immer weitere Häuser ergreift, obwohl zahlreiche Feuerwehren aus nah und fern zur Hilfeleistung herbeigeeilt sind.

Zwickau. Auf der hiesigen Vogelwiese wußte eine vermutlich von auswärts gekommene Frau der elfjährigen Tochter eines Anstaltswachmeisters, die ihr einjähriges Bräutigem zu beaufsichtigen hatte, den Kinderwagen nebst Kind unter einem Vorwand abzulocken. Die Diebin brachte Wagen und Betten nach auswärts, kehrte mit dem kleinen Kind abends hierher zurück und gab angeblich vorübergehend das Kind einer anderen Frau in Obhut, ließ sich aber nicht mehr sehen. Den besorgten Eltern konnte das Kind wieder zugeführt werden, Wagen und Betten blieben aber verschwunden.

Paris.

Am Montag ist in Paris der Oberste Rat zusammengetreten, um schicksalsschwere Entschlüsse für Deutschland und schließlich für die ganze Welt zu fassen. In der Hauptsache geht es um Oberschle-sien. Die Savas mitteilt, haben die alliierten Sach-verständigen, die mit der Vorprüfung der ober-schle-sischen Frage betraut waren, den Bericht an den Obersten Rat beendet, in dem das Ergebnis ihrer Arbeiten niedergelegt ist und ihm die endgültige Entscheidung über Oberschle-sien überlassen wird. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht außer der Frage der Entsendung von Truppenverbänden nach Ober-schle-sien und der Zuteilung des Abstammungsgebietes die Frage der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen am Rhein, die Aburteilung der Kriegsbeschuldigten, die Frage der Herstellung von Luftschiffmaterial für den Verkehr in Deutschland, die Orientfrage, die Frage der Hilfe für Rußland und jedenfalls auch die finan-zielle Lage Ostpreußens.

Unverkennbar besteht in der ober-schle-sischen Frage ein harter Gegensatz zwischen Frankreich und Eng-land. Das kommt in der Pariser Presse deutlich zum Ausdruck. So macht es dem „Reich“ ergebliche Beschwerden, daß über Polen und Oberschle-sien ganz Engländer genau so denkt, wie sein Ministerpräsident. Die Lage Irlands sei unglücklicher als in Ost, aber die Wichtigkeit der Entscheidung mache ihm zur Pflicht, zu bleiben. Dem Irland müsse daran denken, daß jedes französische Ministerium, ganz gleich, wie es heißt, das mit den Alliierten verhandelt, sich den heftigsten Angriffen in der Kammer ausgesetzt sieht. Wenn das Kabinett Briand eine bestimmte Linie nicht streng einhält, so setzt es sich der Gefahr aus, wegen der ober-schle-sischen Frage, die eine sym-bolische Bedeutung erlangt hat, geächtet zu werden.

Der „Tempt“ schließlich sagt am Schluß eines Ar-tikels über das ober-schle-sische Problem wörtlich: „In dem Gefühl der Gerechtigkeit vereinigt, müßten die verbündeten Regierungen alle Schwierigkeiten über-winden können. Immerhin muß Frankreich mit höch-stem Blut die Möglichkeit ins Auge fassen, daß dies nicht gelingt. Einer Gefahr ins Auge sehen, heißt nicht, sie heranzuführen, sondern sie abzuwenden. Wenn man sich nicht auf eine Lösung einigen kann, die Frankreich als gerecht ansieht, so wird die ober-schle-sische Frage offen bleiben, denn keine französische Regierung kann einer Regelung zustimmen, die von der Masse des französischen Volkes als ungerecht emp-funden wird. Deshalb: verständigen wir uns unter dem Zeichen der Gerechtigkeit, in dem wir alle ge-glaubt haben.“

Nach dem „Echo de Paris“ haben Marshall Foch und die militärische Kommission in Versailles einen Plan ausgearbeitet, um Deutschland zu hindern, Han-delsluftschiffmaterial in Kriegsflugzeuge umzuwan-deln und um einen Kontrollorganismus zu schaffen, der nach Beendigung der Tätigkeit der jetzigen Ent-wicklungsmission aufricht erhalten werden soll. Die englische Regierung habe sich bisher geweigert, diesem Plan ihre Zustimmung zu geben, und habe erklärt, daß nach dem Vertrag von Versailles der Außenbundsrat allein berechtigt sei, eine Kontrolle auszuüben. Da auch der Vorkonferenzrat den Konflikt nicht lösen können, so müsse jetzt der Oberste Rat die Entscheidung treffen.

Gegensätze in Oberschle-sien.

Franzosen und Italiener.

In der italienischen „Gera“ schreibt P. M. Ma-laerda über das Verhältnis der Italiener zu den französischen Funktionären in Oberschle-sien, das herausfordernde Verhalten der Franzosen und über seine Eindrücke in Oberschle-sien:

„Der Kreisverkehr von Hindenburg, einer Stadt, welche Franzosen und Polen trotz des von der Stadt selbst gewählten Kriegsnamens, noch immer eigensinnig haben bezeichnet, steht weder unter keinem Konventionellen, noch unter den Alliierten, noch unter den Polen, noch unter den Deutschen im Auge besondere Heiligkeit. Er nennt sich Land-rot, Kommandant Landrot; er ist weder besser noch schlechter als die drei Konventionen Frankreichs in Oberschle-sien. Aber sie sehen ihm jene unvergleichlichen Gaben an glatter Moral, an Hilfe, welche es die anderen Franzosen versuchen, alle Verantwortlichkeit, alle Selbsttötung, alle Folgen dieses Krieges auszuhalten, der, drei Jahre nach Abschluß des Waffenstillstandes, von jedem Franzosen auf eigene Faust gegen die Deutschen fortgesetzt wird. In Hindenburg tun Polen und Franzosen ungefähr dasselbe, wie in der ganzen v.a. polnischen Anliegenden der ostpreussischen Oberschle-sien. Parteiliche Befolgung, Massenhetze, Entsetzungen, Sä-tigungen, und all das große Arsenal der „Gera“ von Bel-lingen“ ist hier vertreten. Aber welche man gegenwärtig sich bemüht in Welpzig zu Gericht zu sitzen. Das große Verbrechen dieser ungefundenen Verhältnisse im Kreis Hindenburg so-wie unter den angegebenen Verhältnissen möglich, abzu-mildern, gebietet allein dem dem französischen Komman-danten Landrot zugeordneten italienischen Vertreter Dr. Viale, et em der ernstlichen und energischen Funktionäre in Ober-schle-sien. Als ich Hindenburg vor wenigen Tagen erreichte haben der Bly aus Oppeln diesen italienischen Funktionäre zu treffen, welcher zu sagen wag e, was in Hindenburg vor-ginge, ohne sich der rituellen Phrase zu bedienen.“ Der Korrespondent der „Gera“ schildert weiterhin, wie die Gera schaft der polnischen Regierung andauert, obwohl die offizi-elle Mitteilung von der vollkommenen Klärung spricht

zu einer anderen Mitteilung über die Ereignisse vor Anfang Juni 1918. (In dem es geht, daß die Franzosen sich vor allem beschuldigen lassen, auf der künftigen Wiederte-rung eine Politik der Kooperation und Verständigung lasien zu sehen, auf der deutschen Bevölkerung, welche sie hier auch in offiziellen Dokumenten und in Propagandaen an die französischen Truppen als Vorgesetzten. „Wenigstens General Guarriz der Kommandant der französischen Truppen in Oberschle-sien befähigt in hohem Grade die Kunst der Zurechtweisung der deutschen Bevölkerung. Die vom General Guarriz beim Weg-zug des Malors Montenegro gehalten Rede ist eine Paraphrase über die Gefährdung der Franzosen in Oberschle-sien, wie sie klarer und offener nicht gegeben werden kann.“

Dem oben ausgeprochenen Urteil über Dr. Viale muß auch von deutscher Seite zugestimmt werden. Dr. Viale hat trotz aller Widerstände von französischer Seite immer und immer wieder versucht, den Grundgedanke der Gerechtigkeit auch für die Deutsche Oberschle-sien geltend zu verhandeln.

Das tributzpflichtige Europa.

„Neste del Carlino“ zufolge führte General di Marini in der italienischen Kammer über Oberschle-sien aus, daß die Franzosen in Oberschle-sien doppelt so viel Truppen hätten als die Engländer und Ita-liener zusammengenommen, und daß sie mit ihnen gerade die Industrie- und Erzeugnisse befehligen. Er ließ sich ferner über die Wichtigkeit der Kohlenproduktion Oberschle-siens in der Gegenwart und der Zukunft aus und erklärte, daß eine Macht, die ohnehin schon die Kontrolle über die übrigen Kohlen-gruben von Europa ausübe, sämtliche europäischen Völker tributzpflichtig machen könne, sobald sie sich auch der ober-schle-sischen Bodenschätze bemächtigte. — Das in den schle-sischen Gruben angelegte Kapital sei zu 90 Prozent deutscher und nur zu 10 Prozent polnischer Herkunft. Er wies auch noch darauf hin, daß die Festsetzung der Grenze darum so besonders schwer sei, weil die Stellen ineinandergriffen. — Auf eine Anfrage des sozialistischen Abgeordneten Waldert, ob italienische Arbeiter in Oberschle-sien Beschäftigung finden könnten, erwiderte der General, daß die Deut-schen die Einwanderung italienischer Arbeiter dort gern sehen würden.

Choleragefahr für Deutschland?

Verheerende Wirkungen der Seuche in Rußland. — Für Deutschland kein Anlaß zur Beunruhigung.

In Rußland, dem verarmten und hungernden Lande, wütet die Cholera. Vierundzwanzig russische Gouvernements sind verheert. Von Ost bis Westen liegt das große russische Reich in den schrecklichen Zuständen der furchtbaren Seuche, die der Erdboden kennt. Immer verheerender kommen die Nachrichten aus dem Lande der Mätere Republik. Polen und Galizien sind schwer bedroht von dem großen Sterben, das auf das Konto der Sowjetregierung zu setzen ist. Bei der zerstörenden Wirkung, die alle Maßnahmen der roten Diktatoren mit sich gebracht haben, muß eine Bekämpfung der Seuche so gut wie ausichtslos er-scheinen.

Man scheint russischerseits nur mit gelinden Ein-derungen zu rechnen und dafür kommen auch erst die vom Auslande geplante internationale Aktion und die vom Deutschen Roten Kreuz angebotene Hilfe in Betracht. Zweifellos wird gerade die deutsche Hilfe dazu beitragen, die Not des russischen Volkes zu lindern. Die furchtbaren Szenen spielen sich im Osten ab. Die vom Hunger und Seuche dem Wahnsinn nahegebrachte Bevölkerung hat teilweise sogar ihre Retter, die Ärzte, totgeschlagen!

Für Deutschland ist die Frage daher von großer Bedeutung, ob auch für uns die Gefahr der Chole-ra besteht, ob die schreckliche Epidemie auch ins deutsche Vaterland eingeschleppt werden kann? Durch den Schmuggelverkehr auf der deutsch-polnischen Grenze wird die Cholera aus den allen Frankreichherden Litauen, Litua, Komono und Grodnou zu uns herüber-getragen. Damit wächst auch die Gefahr der Ein-schleppung von Fleckfieber. Von der Cholera ist Deutschland mittelbar, und im Winter von einer star-ken Fleckfieber-Epidemie bedroht. In den jetzt pol-nischen Gebieten, wo früher Ordnung und Sauberkeit herrschte, sind durch vernachlässigte polnische Ver-waltung Cholera und Fleckfieber ständige Gäste; Stadt und Land sind verunreinigt und verläuft. Das sind die Segnungen der polnischen Kultur.

Die deutschen Gesundheitsbehörden haben nach-untlicher Verfürger sofort alle Landesregierungen aufgefodert, die größten Vorsichtsmaßregeln zu treffen; auch das Reichsverkehrsministerium ist zu vor-bezogenen Maßnahmen aufgefordert worden. Deutsch-land hat also vor der Hand keinen Grund zur Beunruhigung. Werdentlich würde die Gefahr allerdings, falls die Seuche auf der Weichsel, Warthe, Oder und der Memel eingeschleppt würde. Auf jeden Fall wird jede Einzelercheinung derartiger Seuchen mit deut-scher Gründlichkeit bekämpft werden.

Es muß gelingen, die Gefahr, die solcherart an das deutsche Volk herantritt, zu bannen, und es wird gelingen! Deutsche Gründlichkeit und Fleiß hat uns noch einen großen Staat von tüchtigen und erfahrenen Ärzten gelassen, die über unseres Volkes Ge-sundheit zu wachen als ein ehrendes Recht empfinden.

Deutschland und Polen.

Der Reichskanzler über Oberschle-sien.

Der Reichskanzler Dr. Birtz hat dem Vertreter des „Nuovo giornale“ in Florenz eine Unterredung gewährt. Zur ober-schle-sischen Frage äußerte sich der Reichskanzler unter anderem folgendermaßen:

„In den Pressestimmen der letzten Tage ist wiederholt der Gedanke einer provisorischen Lösung der ober-schle-sischen Frage erörtert worden. Ich brauche Ihnen gegenüber nicht zu betonen, daß jede derartige Lösung für die deutsche Regierung völlig un-nahmbar ist; sie widerspricht dem klaren Worte des Friedensvertrages und würde den Keim zu dauernden Konflikten im Osten legen. Wir warten auf den Spruch des Obersten Rates. Dieser Spruch wird die Ent-

Scheidung sein für die Zukunft Deutschlands, aber auch für die Zukunft Mitteleuropas. Wir vertrauen fest darauf, daß der Spruch im Sinne des Rechts ausfallen wird, das allein den so nötigen Frieden und Wiederaufbau Europas ermöglichen und gewährleisten kann."

Better betonte der Reichsanwalt: „Der Uebergang der oberschlesischen Wirtschaft an Polen würde bedeuten, daß sie verurteilt wäre, in den Zusammenbruch der polnischen Wirtschaft hineinbezogen zu werden. Man hat von Oberschlesien als von einer Waffenschmiede gesprochen. Sie wissen ganz genau, daß Deutschland keinerlei kriegerische Absichten im Schilde führt. Ein deutsches Oberschlesien wird benutzen sein, in friedlicher Arbeit den Wiederaufbau Europas zu fördern. Die deutsche Regierung hat sich schon in ihrer Rede an die alliierten Mächte vom 1. April bereit erklärt, Polen unter vorzugswürdigen Bedingungen für seine Wirtschaft etwa noch erforderlichen Stoffen und sonstigen Erzeugnissen zu liefern. Solange das an Bodenschätzen überaus reiche polnische Gebiet, welches den größten Teil des südöstlichen Bedens umfaßt, und viel größer als das deutsche Areal ist, noch nicht erschlossen ist, sie hat sich weiterhin bereit erklärt, weitgehende Hilfe bei der Erschließung der polnischen Bodenschätze zu leisten. Sie hofft auf diese Weise enge wirtschaftliche Bande zwischen Deutschland und Polen zu knüpfen, die auch eine Grundbedingung für den Bestand des polnischen Staates sind. Sie hat aber aus Warschau nur Spott und Hohn gehört, sie hat erleben müssen, wie die polnische Regierung den dritten blutigen Aufstand in das oberschlesische Land trug, und sie muß jeden Tag noch erleben, wie der deutsche Abstammungsstempel durch unsaubere Methoden verflücht wird. Wir können und wollen mit solchen Waffen nicht kämpfen, wir wollen Frieden, Arbeit und Recht. Aber wir verlangen das Gleiche von der Gegenseite und müssen fordern, daß sie aufhört, nach unrechtmäßigen Zielen zu streben, und daß sie auf alle Mittel der Gewalt verzichtet."

Die Affäre Langevin.

Unwürdige Zumutung an Deutschland.
Nach den Pariser Zeitungen hat die alliierte Militärkommission in Berlin für die Belästigung des französischen Majors Langevin im Schlafwagen Berlin-Nordbahn folgende Sühnemaßnahmen gefordert:
1. Entschuldigung bei Major Langevin durch einen militärischen Beamten und einen Beamten des Auswärtigen Amtes.
2. Festsetzung des Schlafwagenschaffners.
3. Entlassung des Schutzpolizisten, der in Spandau Langevin aus dem Wagen holte. Der Beamte darf nicht mehr in den Staatsdienst eingestellt werden.
4. Beweis an den begleitenden deutschen „Verbindungsoffizier“, der nicht genügend für Langevin eingeschritten sein soll.

Die Bemerkungen über den Vorfall werden seit Tagen im Auftrag des Auswärtigen Amtes vorgenommen. Es werden die Fahrgäste des Schlafwagens, soweit sie ermittelt werden konnten, über ihre Wahrnehmungen befragt, außerdem sind nicht nur im Dienste, sondern auch noch direkt die Wachbeamten, das Zugpersonal und die Spandauer Polizeibeamten zur Aussage verpflichtet worden. Die Darstellung des deutschen Majors, der den persönlichen Zusammenstoß mit dem französischen Offizier hatte, muß als die Darstellung einer Partei betrachtet werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß gegen diesen Herrn noch ein Strafverfahren eingeleitet werden wird. Die Verantwortung des Schreibens, das General Wastermann an die deutsche Regierung gerichtet hat, kann erst erfolgen, wenn alle beteiligten Personen vernommen sein werden. Das kann sich immerhin noch einige Tage hinzuziehen.

Ein Gedenktag deutscher Flugkunst.

Zu Otto Lilienthals 25. Todestag.

Am 10. August jährte sich zum 25. Male der Tag, in dem Otto Lilienthal, der Mitbegründer des deutschen Flugwesens, in den Rhodener Bergen den Fliegertod fand. Sein Andenken zu ehren, sollte nicht nur die Pflicht derer sein, die noch an dem kleinen Flugbetrieb Deutschlands mitarbeiten dürfen, sondern auch all derer, die sich deutscher Volkstrost und deutschen Könnens voll bewußt sind.

Otto Lilienthal wurde am 23. Mai 1848 in Anklam geboren, studierte Maschinenkunde an der Berliner Gewerbeakademie und gründete Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in Berlin eine Werkstatt, die sich besonders durch Ausführung seiner eigenen Erfindungen (Schlangenschleife, Schmiedeeiserne Riemen scheiben, Alfordstreifen u. a.) zu einer bedeutenden Fabrik erhob. Schon als dreizehnjähriger Knabe beschäftigte sich O. mit dem Flugproblem und setzte seine Versuche als Fabrikbesitzer fort. Als Basis für seine erfolgreichen Versuche schaffte er sich jenseits des Rhodener Berges, die er in seinem Buch „Der Vogelflug als Grundlage der Fliegerei“, das 1891 in Berlin erschien, für die Nachwelt festgehalten hat. Auf Grund dieser Studien kam er dann zu seinem ersten Gleitapparat, einem Eindecker von sieben Metern Spannweite, dessen Gestell aus Weidenholz bestand und mit Schitling, der mit Wachs getränkt war, bepannt wurde. Seine ersten größeren Versuche unternahm E. von der Malthöse in Steglitz aus. Hier führte er nicht nur „Gleitflüge“, sondern auch „Segelflüge“ aus. Sobald nämlich Winde von zehn Sekundennultern wehen, überstieg er seinen Fliegerort, indem er einfach gegen den Wind abhebelte, d. h. sich von seinem Flieger durch den Wind abgeben ließ. Im Jahre 1894 besetzte Lilienthal seine Fläge nach Groß-Vichterfelde, wo auch sein Denkmal errichtet ist. Zwei Jahre später startete er mit einem Doppeldecker in den Rhodener Bergen, wobei es ihm sogar gelang, Gleitflüge bis zu 250 Metern Entfernungen auszuführen. Witten in sei-

nem Siegeszuge erlebte ihn jedoch das Schicksal vieler Pioniere der Luftfahrt. Am 21. August 1896 überschlug sich sein Doppeldecker in der Luft, stürzte ab und Lilienthal brach sich an einer Strebte das Kreuz.

Er ist jedoch nicht umsonst gestorben. Seine Versuche waren bahnbrechend für die Flugkunst. Zwar haben noch viele seiner Nachfolger aus allen Herren Ländern in der besten Arbeit das gleiche Los erleben müssen, bis es endlich den Gebrüder Wright in Amerika gelang, einigermaßen sichere Flugmaschinen zu bauen; dennoch hat der Geist des rastlos Arbeitenden gleichsam über den erfolgreichen und untergeschlichen deutschen Schöpfungen auf dem Gebiete der Flugtechnik geschwebt. Ein Vierteljahrhundert ist verstrichen, Deutschlands Flugkunst ist geteilt; doch niemals wird den deutschen Fliegern der Geist des vor 25 Jahren in die Erde Begrabenen genommen werden können. Otto Lilienthal diene ihnen als unvergessenes Vorbild!

Politische Rundschau.

Der Unabhängige Breitfeld über Oberschlesien.

— Paris, 7. August. Reichstagsabgeordneter Breitfeld, der sich augenblicklich in Paris aufhält, veröffentlicht im „Populaire“ einen Artikel und erklärt: Die Alldeutschen würden bei allen bürgerlichen Parteien Unterstützung finden, wenn der Oberste Rat eine Entscheidung treffe, die das Industriegebiet Oberschlesiens Polen zuerkenne. In diesem Falle sei das Schicksal der Regierung Wirth besiegelt. Entweder werde sie sofort durch ein rechtsstehendes Kabinett ersetzt oder es würden neue Reichstagswahlen stattfinden mit der Parole „Oberschlesien“, die für die Nationalisten besonders günstig ausfallen würden.

Keine Einigung der Sachverständigen.

— Paris, 7. August. Die interalliierte Sachverständigenkommission, die die Lösung der oberschlesischen Frage vorbereiten sollte, hat ihre Arbeiten abgeschlossen, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Es konnte daher kein gemeinsamer Beschluß über die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien formuliert werden. Der Austausch hat beschlossen, daß er sich darauf beschränken wird, dem Obersten Rat einen Bericht vorzulegen, in dem die verschiedenen Lösungen, die vorgebracht werden, angeführt werden und daß die Gegenstände mitgeteilt werden, die gegen die einzelnen Vorschläge geltend gemacht werden.

Großes Schadenfeuer bei Mirisch.

— Paris (Sa.), 7. August. Auf dem Rittergut Longny bei Mirisch brach ein Brand aus, der sich mit großer Schnelligkeit über die gesamten Wirtschaftsgebäude des Gutes erstreckte. Alle Wirtschaftsgebäude mit Ausnahme dreier Nebengebäude sind ein Raub der Flammen geworden. Die gesamten Ernte- und Heubvorräte sind verbrannt. Der Schaden ist außerordentlich groß. Das Vieh konnte gerettet werden, ebenso blieb das Schloß erhalten.

Seine Heberhebung des Kaisers Karl nach Italien.

— Wien, 7. August. Nach einer Mitteilung der „Neuen Freien Presse“ ist von einer bevorstehenden Heberhebung der Familie Habsburg nach Italien nicht bekannt. Falls Italien zustimmen sollte, so müßte sich das Haus Habsburg verpflichten, sich jeder politischen Agitation zu enthalten.

Österreichischer Ausfuhrverbot für Heu.

— München, 7. August. Die durch die übergroße Trockenheit geschaffenen Verhältnisse haben das bayerische Landwirtschaftsministerium veranlaßt, ein Ausfuhrverbot für Heu zu erlassen. Zugleich sind Höchstpreise für Heu festgesetzt worden.

— Gegen einzelne Bestimmungen des künftigen Pensionergesetzes protestiert das Reichsamt für die Armen. Daraufhin ist von den Zehnjüngern die Entscheidung des Reichsgerichtes angestrebt worden.

— Dem Reichstag ist vom Reichsminister der Justiz ein Bericht, enthaltend den Abdruck der vom Reichsgericht auf Grund der Gesetze zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen bisher erlassenen Urteile, vorgelegt worden.

— Eine Frage an den Reichsjustizminister. Der Landesverband Halle-Merfeld der Deutschen Volkspartei hat folgendes Telegramm an den Reichsjustizminister gerichtet: „Die kriegsliche Einwohnerschaft Mitteldeutschlands hat mit Erstaunen Kenntnis genommen von den in jüngster Zeit erfolgten Vergnadigungen von Verurteilten der letzten Aufstandsbewegung. Ihr seht jedes Verständnis dafür, daß selbst Führer, die zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt sind, begnadigt und in Freiheit gesetzt worden sind. Diese Tatsache muß in einem Gebiet, das bereits seit drei Jahren alljährlich von schweren Unruhen mit der schändlichen Begleiterscheinung heimgesucht ist, geradezu vorbereitend für neue Putschversuche wirken. Die nach allen Aufstandsbewegungen üblich gewordene Nichtvollführung von Urteilen hat hier bereits in weiten Bevölkerungsschichten eine überaus leistungsfähige Auffassung über die Rechtsprechung erweckt, die das Ansehen der Gerichte und die Staatsautorität auf das allererschwerste gefährdet.“

— Verhaftung eines Reichstagsabgeordneten in Köln. Am Sonntag wurde der Reichstagsabgeordnete Dr. Quast in Köln beim Versuch, Straßenbahnstahlfabrikanten, die von der englischen Militärpolizei widerrechtlich bedroht wurden, beizustehen, auf offener Straße von der englischen Militärpolizei verhaftet. Erst auf seine energischen Vorstellungen hin wurde er aus dem Polizeigebäude der englischen Militärpolizei wieder entlassen. Der Vorfall ereignete sich, obwohl Dr. Quast sich den englischen Agenten gegenüber als Reichstagsabgeordneter ausweis und im Besitze eines ordnungsmäßigen Reisepasses war.

— Gorki nach Berlin? Das kopenhagener Blatt „Politiken“ meldet aus Petersburg: Gorki habe seine Reise nach Deutschland in Binnland wegen Krankheit unterbrechen müssen. Die wir erfahren, erwartet man trotz der Regierung noch immer die Hinführung Gorkis. Der jüngermächtige Sohn Gorkis mit

seiner Frau ist inzwischen ebenfalls in Berlin eingetroffen, wo auch Frau Gorki weilte. Gerhart Hauptmann bleibt jedenfalls zurzeit in Berlin, um ein Zusammentreffen mit Gorki abzuwarten. Auch der große russische Sänger Schaffarin, der von den Sowjets „Auslandsurlaub“ erhalten hat, soll in der nächsten Zeit hier eintreffen. Erklärt hat, daß auch Lenin eine Kurreise antreten will — ob auch außerhalb Russlands, weiß man nicht. Politiken behauptet, er werde zwischen dem 15. und 20. August über Dänemark und England nach das schottische Hochland begeben.

— Kurier des Auswärtigen Amtes. Die Kurierreisen des Auswärtigen Amtes werden in der Regel jetzt nicht mehr von Beamten wahrgenommen, sondern von berufsmäßigen Kurieren. Als solche sind frühere Heeresangehörige, vorzugsweise Kriegsbeschädigte, angenommen worden.

— Eine polnische Schwindelnachricht. Der „Kurjer Poznański“ behauptete jüngst, die deutschen Behörden hätten durch ein geheimes Rundschreiben bewirkt, daß die deutschen Beamten und Lehrer die oberschlesischen Industriezentren verlassen. Die deutsche Regierung wolle damit den Beweis liefern, daß die oberschlesische Industrie ohne die deutschen Beamten nicht bestehen könne. — Ein solches Rundschreiben ist nicht ergangen; die Regierung sucht im Gegenteil ihre Beamten und Lehrer von einem vornehmlichen Abwandern unter dem Druck des polnischen Terrors abzuhalten.

— Erleichterungen in der Ladung von Vormündern. Die vormundschaftsgerichtliche Ladung von Vormündern, Pflegern usw. hat für diese häufig einen Verdiebstausfall zur Folge, der dann besonders empfindlich ist, wenn sie, um zu der festgesetzten Stunde an Gerichtsstelle erscheinen zu können, eine Arbeitsschicht verkümmern müssen. In einer Verfügung des preussischen Justizministers vom 2. August wird angeordnet, daß dem berechtigten Wunsch nach Einschränkung dieser Fälle in möglichst weitem Umfang Rechnung zu tragen sei.

— Wiltfür im Memelland. Der Oberkommissar hat, wie das „Memeler Dampfboot“ antwortet, beschlossen, den Regierungsrat Steputat zum Präsidenten des Landesdirektoriums zu ernennen. Das Blatt fügt hinzu, daß diese Ernennung die von der Mehrzahl der Bewohner des Memelgebietes nicht gewünschte Entscheidung bringe. Eine vom Deutsch-Litauer Heimatbund zur Aussprache über die Lage anberaumte Versammlung wurde verboten.

— Weitere Steuerpläne der Regierung. Die bisher veröffentlichten entlichen Richtlinien des Kabinetts über die neuen Steuerpläne der Regierung Wirth bilden, wie halbamtlich mitgeteilt wird, noch keineswegs den Abschluß der großen Finanzreform. Der Gedanke der Vereinfachung des Reiches an den Sachwerten ist vorläufig nur zurückgestellt. In der amtlichen Mitteilung war ja ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der Gedanke „nach auf anderem Wege als dem der Besteuerung des Sachwertes an den Werten des Reiches heranzuziehen, noch der eingehenden Prüfung des Kabinetts unterliege“. Die Beteiligung des Reiches an den Sachwerten bildet nach wie vor den Gegenstand eingehender Beratungen der Regierung, wenn auch wohl anzunehmen sein dürfte, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt mit den fünfzehn neuen Steuern das Finanzprogramm des Kabinetts Wirth zu einem gewissen Abschluß gelangt ist.

Rundschau im Auslande.

— Die einzige Ausnahme von der gemeldeten Freilassung der Mitglieder des Einsteiner-Parlaments bildet Rae Rezon, ein überführter Mörder. Es verlautet, daß die ritzigen Führer auch auf seine Freilassung dringen.

— France Militaire meldet, es sei möglich, daß nach der Lösung der oberschlesischen Frage Divisionsgeneral De Rond in Anerkennung seiner glänzenden aber unbedauerlichen Rolle im Abstimmungsgebiet das Kommando des 32. Armeekorps erhalten werde.

— Tschecho-Slowakei: Beschlagnahme von Gütern.

Das tschechische Abgeordnetenhaus hat das Gesetz über die Konfiskation der unabhängigen und hohenzollernischen Güter in der Tschecho-Slowakei angenommen. Nach diesem Gesetz wird der tschechische Staat Eigentümer aller Güter und Beständen des ehemaligen Kaisers Karl. Das gleiche bezieht sich auch auf die Güter der früheren deutschen Kaiserfamilie und aller übrigen deutschen Fürstenfamilien.

Hungarn: Der Oberster Bischof.

Der Würdiger des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisa, der kürzlich Bischof von Szeged, ist in Hamburg zurückgekehrt und festgenommen worden. Esterhazy, der in Hamburg unter seinem richtigen Namen wohnte und als früherer Flugzeugführer in einer zu unabhängiger Beschäftigung gefaßten hatte, war der flüchtige Besucher eines polnischen Landes, wo er polnische Güter abgab. Der überaus umfangreiche Besitz bestand aus Wägen und Zubehörsachen des Reiches, die bei der polnischen Besetzung von ihm wahrnehmung Kenntnis gab. Er wurde an Esterhazy gerichtet. Briefe beschlagnahmt und gestrichelt, die führten so zur Entdeckung des lange geschwiegenen politischen Verbinders.

Spanien: Mexiko eingeflossen.

Die letzten Berichte aus Mexiko melden, daß die Lage sich noch verschlimmert hat. Die Kolonne des Generals Blavier hat sich unter dem Befehl seines Nachfolgers, General Navarro, bei Tador ergeben müssen. Hierdurch wird für die 30 000 Mexikaner der Weg nach der Stadt Mexiko frei. Mexiko ist jetzt vollständig eingenommen.

England: Aufklärer Hittori.

Wie aus London gemeldet wird, hat eine Abordnung der russischen Handelsdelegation in London Lloyd George einen Appell der Sowjetregierung überreicht, in dem diese um Hilfe bei der jüdischen russischen Hungersnot bittet.

Amerika: Die Freilassungsforderung.

Der diplomatische Vertreter von Havas erklärt wie er sagte, von durchaus zu launiger Quelle, daß im Gegensatz zu den laut gewordenen Berichten Lloyd George durchaus nicht die Absicht hat, sein Land auf den Washingtoner Abrüstungskongress zu veranlassen.

Griechenland: Der Vormarsch auf Ungarn.

Havas gibt Nachrichten aus griechischer Quelle an, nach dem geschlagenen Sieg nach ungelungener Bange den Vormarsch gegen Ungarn wieder aufgenommen scheint. Also

Verpflegungs- und Intendanturbüros wurden nach Ost Scherz verlegt, das der griechischen Armee bei ihrem Vormarsch als Basis dienen soll. Auf türkischer Seite werden gewaltige Anstrengungen zur Reorganisation und Verstärkung der semantischen Armee gemacht. Alle Bässe und Stellungen vor Angora werden besetzt.

Verhaftung von Eisenbahnräubern. Der angeklagte Schlosser Werke, der Mechaniker Wilt und der Schneider Fischer, sämtlich aus Polen, haben auf den Bahnhöfen Wiesbaden, Mainz, Köln, Düsseldorf, Saarbrücken und anderen rheinischen Umseigeplätzen in D-Jügen Fahrgäste beraubt. Die Diebe wurden auf dem Wiesbadener Bahnhof, als sie über Mainz nach Köln reisen wollten, verhaftet. In ihrem Besitz befanden sich größere Geldsummen und zahlreiche Reiseeffekten. Mit den Dieben reiste ein 18-jähriges Mädchen, welches bisher noch nicht festgenommen werden konnte.

Doppelselbstmord im Hotel. In einem Berliner Hotel vergifteten sich der 24 Jahre alte Registrator Heidon und seine Braut Hulse Kochow mit Sublimat. Das Hotelpersonal rief schleunigst einen Arzt herbei, der bei der Kochow nur noch den Tod feststellen konnte. Heidon gab noch Lebenszeichen von sich und wurde nach dem Krankenhaus geschafft. Nach einem hinterlassenen Briefe, den Heidon geschrieben hatte, haben die Folgen eines leichtsinnigen Lebenswandels ihn zu dem Schritt getrieben.

Rechte Nachrichten

Die zwei Fragen.

Paris, 8. August. Zur Tagung des Obersten Rates schreibt Perinax im „Echo de Paris“: Die zwei Fragen, die heute gestellt werden, sind folgende:

1. Muß die industrielle Zone Oberschlesiens als unteilbares Ganzes betrachtet werden?
2. Müßten Zwangsmassnahmen vorgesehen werden, um Deutschland gegebenenfalls zu zwingen, den Willen der Mächte anzunehmen?

Wenn Lloyd George die Richtlinien seiner Politik nicht

ändert, sieht man nicht recht, wie eine Verständigung möglich sein soll. Es ist wahrscheinlich, daß die französische Regierung in dieser Zwangslage sich nicht weigern werde, auf einen Vergleich einzugehen. Die Engländer glauben, daß eine friedliche Lösung möglich sei. In Frankreich ist man jedoch der Auffassung, daß Deutschland den Versäulter Friedensvertrag und die Ruhe Europas nur in dem Maße achten werde, in dem es sich durch eine stärkere Macht bedroht fühlt, die bereit ist, sich gegen Deutschland zu wenden.

Saatenstand in Sachsen Anfang August 1921.

Wenn die Begutachtungsziffern 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel (durchschnittlich), 4 = gering, 5 = sehr gering bedeuten, so stellt sich der Saatenstand in Sachsen für Anfang August folgendermaßen: Winterweizen 2,2, Sommerweizen 2,5, Winterroggen 2,4, Sommerroggen 2,7, Wintergerste 2,2, Sommergerste 2,4, Hafer 2,4, Kartoffeln 3,0, Runkelrüben 2,8, Zuckerrüben zur Zuckerrücklage 2,5, Klee (auch mit Beimischung von Gräsern) 3,2, Luzerne 2,9, Be-(Ent-)wässerungswiesen 2,8, andere Wiesen 3,8.

England und Italien gegen ein polnisches Oberschlesien.

Malland, 9. August. Dem „Corriere della Sera“ wird aus London gemeldet: Zur heutigen Tagung des Obersten Rates wird in diesem diplomatischen Kreise erklärt, England und Italien seien sich einig. Beide Länder schließen jede Teilung des Industriegebietes aus, wären aber nicht abgeneigt, einem Provisorium unter der Kontrolle einer Fachleute-Kommission zuzustimmen. In betreff der Zollfunktionen am Rheine seien beide Staaten der Ansicht, daß sie aufgehoben werden müßten.

Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Dr. Quast durch englische Militärpolizei.

Essen, 8. August. Am Sonntag den 7. August, 5 Uhr nachmittags, wurde der Reichstagsabgeordnete Dr. Quast in Köln beim Versuch, Straßenbahnfahrern, die von der englischen Militärpolizei widerrechtlich bedroht wurden, beizustehen, auf offener Straße von der englischen Militärpolizei verhaftet. Erst auf seine energischen Vorstellungen hin wurde er aus dem Polizeibureau der englischen Militärpolizei wieder

entlassen. Der Vorfall ereignete sich, obwohl Dr. Quast als den englischen Agenten gegenüber als Reichstagsabgeordneter ausweis und im Besitze eines ordnungsgemäßen Reisepasses war.

Neue Schwierigkeiten in der Grenzfrage.
Paris, 8. August. Der „Times“-Korrespondent in Dublin erklärt, daß die in Irland geschaffene Lage außerordentlich bedrohlich geworden sei, weil die englische Regierung sich weigere, den Sinnfeiner-Abgeordneten Mac Keown zu befreien. Die Sinnfeiner, de Valera an der Spitze, erklären, falls die Befreiung von Mac Keown nicht erfolge, die Verhandlungen mit der englischen Regierung abgebrochen würden. Die ganze öffentliche Meinung in Irland würde eine derartige Stellungnahme der Sinnfeiner durchaus billigen.

Religionsunterricht in Baden.

In Baden haben sich von 7000 Lehrern und Lehrerinnen nur 17 von der Erstellung des Religionsunterrichtes befreien lassen.

Kirchen-Nachrichten

Mittwoch den 10. August 1921.

Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Bibelstunde: Sup. Michael. Bärenfels. Abends 8 Uhr Bibelbesprechungs im Diakonistenheim.

Donnerstag den 11. August 1921.

Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Männerbibelstunde in der Brandhofstraße 310 B. Schönfeld. Abends 8 Uhr Bibelstunde in der Schule.

Produktenbörsen zu Dresden, vom 8. August. Stimmung: ruhiger. Weizen 235 bis 240. Roggen 172 bis 177. Wintergerste 190 bis 200. Sommergerste, (schl.), 245 bis 255. Hafer 175 bis 180. Raps, trocken, 275 bis 285. Mais, 165 bis 170. Weizen 150 bis 160. Lupinen, blau, 85 bis 95. Lupinen, gelb, 110 bis 120. Pellets 160 bis 170. Kaffee 1550 bis 1600. Trockenmilchpulver 125 bis 130. Stroh 20 bis 25. Weizenheu, neues, (schl.), 85 bis 90. Weizenheu, neues, (nachtschl.), 75 bis 80. Roggenheute 125 bis 130. Roggenmehl, 75 %, 260. Feinste Ware über Rotte. Rottee und Mehl für Mägen unter 5000 Kilogramm ab Lager Dresden. Heu und Stroh in Ladungen von etwa 5000 Kilogramm, alles andere in Ladungen von 10000 Kilogramm.

Ata
Henkel's
Scheuerpulver
putzt
reinholt
Alles!



Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden.
Hersteller: Henkel & C^o - Düsseldorf.

Für alle Gemeinden des Bezirks!
Vorchriftsmäßige Vorbrücke zur Ausschreibung des Umlagegetreides
hab zu haben in der Buchdruckerei Carl Jehne, Dippoldiswalde.

V. e. H.
Mittwoch abend 1/9 Uhr im Vereinsheim „Wite Worte“
Bersammlung.
Alle ehemaligen Handwerkskammermitglieder sind hierzu herzlich willkommen.
Der Vorsitzende.
Bittentorten C. Jehne

Grünte Schneiderin,
mit allen Näharbeiten vertraut, empfiehlt sich gerührt Herrschaften ins Haus. Tagespreis 15. W. Offerten unter „N. 469“ an Al.-Boalenstein & Bogler, Dresden.
ff. Nudeln
(verschiedene Qualitäten) empfiehlt
Otto Keller.

Es ist und bleibt ein großer Irrtum
des Geschäftsmannes, wenn er glaubt, das Sparen an der Kasse sei rentabel. Das Gegenteil ist der Fall: Geschichte Kellame ist die beste Kapitalanlage. Man benutze dazu die in Stadt und Land verbreitetste Zeitung, die Weltberth-Zeitung.

Haus „Seeblick“ Paulsdorf.
Dienstag den 9. August
große Kur-Reunion.
Hohe und geröstete Stengelfläche
kauft zu höchsten Preisen
Flachsbereitungsanstalt Lichtenberg
Heinrich Müller.
J. u. E. Sauer.

Neue Kartoffeln, Pfund 1,30,
neue Vollheringe, 1 Pfund 3,0 — 3-4 Stück,
empfiehlt
Bruno Scheibe Nachf. Alfred Fischer.

Jüngerer, Anberlebes
Diensmädchen
sofort gesucht. Umhüllte Stelle wird vergütet. Schriftliche Angebote an
Martha Hahn,
Dresden-N., Bischofsweg 56, 1.

Suche für 15. August ein lauberes, freundliches
Mädchen,
welches in Haus und Küche tätig sein muß.
Rondforei Uhlich,
Dresden-N., Streblener Str. 3
(nahe Hauptbahnhof).

Täglich frisch geräucherter
Fett-Seringe
bei **Bruno Hamann,**
Altenberger Straße.

Frisches
Hammelfleisch
empfiehlt
H. Heinrich, Fleischermesser.

Kraftige, dauerhafte,
Leiter-Wagen
empfiehlt
(in allen Größen)
Carl Witzsche,
Berzengasse.

Getrocknete
Kartoffelchalen
kauft
Fritz,
Freiberger Straße 206.

Häcksel
empfiehlt
A. Oppelt,
Dippoldiswalde. Telefon 102.

Wir suchen für unser Magazin und Materialverwaltung einen
jungen Mann,
welcher sich als Magazinverwalter ausbild. kann. sofortigen Eintritt.
Moritz Hillie,
G. m. b. H., Maschinenfabrik,
Dippoldiswalde - Dresden.

Morgen Mittwoch trifft ein Transport
Gänse
zum Verkauf ein.
Anton Glöckner.
Telephon 59.

Billige Schälgurken,
zum Einlegen sehr gut geeignet, empfiehlt in kleinen und großen Dosen
Otto Keller.

Stroh
kauft
Karl Oppelt,
Dippoldiswalde,
Tel. 112.

Klimasan
schützt Ihre Gesundheit!

Die glückliche Geburt eines strammen
Sonntagsjungen
zeigen in herzlichster Freude dank-erfüllt an
ARTHUR WÜNSCHMANN und
Frau LONY, geb. Heandorf.
Dresden-N., Forststrasse 39, Villa Augusta.

Tanzpalast
Zalperre Walter.
Mittwoch, 10. August
große Reunion.
Anfang 8 Uhr.

Stern-Lichtspiele
Mittwoch 1/9 Uhr
Das große Doppel-Programm
Henny Porten
in dem 5-actigen Drama
Die goldene Krone
nach dem Roman von Olga Wehlbrück.
Tieferegreifende Handlung, wechsellnd mit spannendsten Szenenaktionen sind der Inhalt dieses ausstattungsreichen Wertes.
Lotte Neumann
in dem 4-actigen Lustspiel
Romeo und Julia im Schnee
Nach langer Zeit wird sich auch diese beliebte Filmgröße uns wieder zeigen und birgt schon der Name für eine Glanzleistung.
Um gütigen Zuspruch bittet
Fedor, Fischer.

Bücherrevision, Einrichtung, Weiterf., Bilanzen
Preisen. Langjähr. Erfahrung. Beste Referenz. Conrad
Otto, Dresden, Schumannstr. 29. Fernsprecher 35398.

Maurer
suchen
Barsch & Hick,
Architekten und Baumeister,
Dippoldiswalde.

Sächsisches.

Das Ministerium des Innern hat für das Gebiet der Stadt Leipzig angeordnet, daß die Verwendung von Fremdenhöfen zu anderen Zwecken als denen des Gastbetriebs, insbesondere zu Geschäfts- und Büroarbeitszwecken, der Genehmigung der zuständigen Gemeindeaufsichtsbehörde bedarf. Demnach dürfen Hotels oder Hotelräume ohne ausdrückliche Genehmigung der Kreisoberaufsicht nicht zu anderen als Hotelzwecken verwendet werden.

Freiberg. Am 20. und 21. August findet in Freiberg die Hauptversammlung des Kreisverbandes der Deutschen Buchdruckervereine statt.

Leichtentanne. Erst vor kurzer Zeit waren mehreren Milchhändlern wegen Milchpantocherei bestraft worden. Doch diese Mißstände haben dadurch noch nicht aufgehört. Bei einer erneuten Prüfung sind bei 12 Proben wiederum 10 Fälle (!) von Milchpantocherei festgestellt worden. In einem Falle war in dem Gemisch sogar mehr Wasser als Milch enthalten.

Müßeln bei Oschatz. Vor dem Schöffengericht Leipzig spielte sich eine heitere Szene ab. Angeklagt war der Uhrmachermeister Köhler aus Müßeln wegen Beleidigung des früheren dortigen Bürgermeisters, eines Rechtsanwalts und Notars. Auf Anraten des Richters erklärte sich Köhler bereit, die Strafe in Höhe von 50 M. sowie die Kosten des Verfahrens zu zahlen. Ehe er den Gerichtssaal verließ, sagte er zum Vorsitzenden: „Meine Herren! Schluß muß der Mensch sein. Der Privatkläger hat eine Uhr bei mir in Reparatur; auf die Rechnung schlage ich selbstverständlich die Kosten und sonstigen Kosten mit drauf. Ich empfehle mich dem Gerichtsamte.“

Wenn die Franzosen kommen!

Der Industriort Moers (Rheinland) war bis vor kurzem mit belgischen Truppen besetzt. Wenn auch die belgische Besatzung mancherlei Beschwerden brachte, so haben sich doch die belgischen Behörden und Truppen mit ganz vorzüglichen Ausnahmen korrekt verhalten. Außerordentlich wenigstens gestattete sich das Zusammenleben der deutschen Bevölkerung mit den fremden Truppen halbwegs erträglich. Seit Anfang Juli ist nun die belgische Besatzung aus Moers abgerufen und durch französische Truppen ersetzt worden. Die Bevölkerung genießt seitdem das sehr fragliche Vergnügen, den Unterschied zwischen belgischer und französischer Besatzung am eigenen Leibe kennen zu lernen. Der Unterschied ist ein ganz gewaltiger. In den 4 Wochen, seitdem weiße und farbige französische Besatzungstruppen in Moers liegen, haben sich Vorfälle ereignet, die unter der früheren Besatzung kaum möglich gewesen wären. Diese Zustände haben bereits Erbitterung bewirkt, die sich der Bevölkerung eine ungeheure Erbitterung bemächtigt hat. Leider verlagert die Rheinlandkommission in Koblenz, deren Pflicht es wäre, gegen diese unwürdigen Zustände Abhilfe zu schaffen.

Täglich geben sowohl beim Bürgermeisterrat Moers wie auch beim Landratsamt Klagen ein, daß Frauen und Mädchen nicht nur auf unbelebten Promenadenwegen, sondern auch auf belebten Straßen von französischen Soldaten in schamloser Weise belästigt werden. Die französischen Soldaten nehmen sich diese empörenden Unverschämlichkeiten auch gegen Frauen und Mädchen heraus, die in Begleitung männlicher Personen sind. Falls diese versuchen, ihre Begleiterinnen zu schützen, so greifen die Soldaten vielfach zum Revolver oder zum Seitengewehr. Verschiedentlich ist es auch vorgekommen, daß Männer jeglichen Standes und Alters ohne jede Veranlassung von französischen Soldaten mißhandelt worden sind. So wurde ein Polizeibeamter, der sich im Dienste befand, von französischen Soldaten ohne jeden Grund derart mißhandelt, daß er erhebliche blutige Verletzungen davontrug. Ferner wurde ein junger Deutscher auf der Straße ganz grundlos von mehreren französischen Soldaten verprügelt und mit dem Seitengewehr so schwer

Aus Stadt und Land.

Eigenartiges Schicksal. Der Chauffeur eines Prinzen von Preußen hatte das Unglück, mit einem schweren Benzwagen des Prinzen einen Fußgänger totzufahren. Der Besitzer verkaufte den Wagen. Den Fahrer des neuen Besitzers widerfuhr das selbe Unglück. Auch dieser Eigentümer veräußerte den Kraftwagen. Der Fahrer des dritten Besitzers hatte, wie der Vorgänger, ebenfalls das Unglück, einen Menschen totzufahren. Jetzt gelangte das Auto an einen vierten Eigentümer. Dieser wurde in Köln bei einem Zusammenstoß aus dem Wagen geschleudert und getötet.

Kommunistische Altkräuber. Die Räuber, die vor kurzem den Altkendelstahl bei dem russischen Obersten von Freyberg, dem Vertreter des antihörschewistischen Generals Semenoff in Berlin, verübt haben, sind jetzt festgenommen worden. Es erweist sich, daß die verhafteten Personen, die als Täter oder Anstifter in Frage kommen und auch geständig sind, im Dienste oder im Solde der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands stehen. Damit wird die Vermutung bestätigt, daß es sich um einen im Auftrage oder zum mindesten mit Wissen der Sowjetregierung ausgeführten Gewaltakt gehandelt hat, denn nur diese kann Interesse an den Schrittschritten haben. Die Papiere sind nicht gefunden; sie befinden sich wahrscheinlich bereits im Ausland.

Jugendliche Schiffsräuber. Die Münchener Polizei hat einen 15-jährigen Bankerlehrling, der in Nürnberg

mißhandelt, daß es nach Verlauf einer Woche noch zweifelhaft war, ob der Kermisse mit dem Leben davonkommen würde.

Der Uebermut der französischen Soldaten treibt übrigens noch andere sonderbare Blüten. So werden in rücksichtsloser Weise Schaufenster von Läden zertrümmert; ein Laden wurde bei einer solchen Gelegenheit teilweise gespländert. Wiederholt werden auch von französischen Soldaten in der französischen Militärkantine Schulkindern derart betrunken gemacht, daß sie auf dem Boden liegen bleiben. Die französischen Soldaten machen sich dann ein Vergnügen daraus, die Kinder mit den Füßen fortzustößen. Eine Dame, die Frau eines höheren Gerichtsbeamten, die mit dem Raban an der Kantine vorbeifuhr, bekam ohne jede schikliche Veranlassung von einem Soldaten ein Glas Rotwein übers Gesicht geschüttet. Auf der gleichen Stufe bewegen sich „Spielereien“ der französischen Soldaten, die darin bestehen, daß z. B. ein 8-jähriges Kind, das von einem Soldaten, der in der einen Hand ein Portemonnaie hält, herangelockt wird mit der Bedeutung, er wolle ihm Geld schenken, dann wenn es sich harmlos nähert, ins Gesicht gespuht wird.

Leider versagen sehr oft die französischen Offiziere, wenn sie von den deutschen Zivilpersonen um Schutz gegen derartige rüde Burschen angegangen werden. So erging es einem Herrn, der von zwei französischen Soldaten ohne jede Veranlassung mit den Fäusten ins Gesicht geschlagen worden war und französische Offiziere bat, ihm bei der Feststellung der Namen der anscheinend betrunkenen Burschen behilflich zu sein. Von drei nacheinander angesprochenen Offizieren wurde er mit den Worten, sie hätten keine Zeit, sich darum zu kümmern, abgewiesen.

Jedenfalls ist es höchst bemerkenswert, daß in einem Ort wie Moers, wo zur Zeit der belgischen Besatzung ein erträgliches, ja ein beinahe gutes Einvernehmen zwischen Soldaten und Bürgerchaft bestand, seit Anwesenheit französischer Truppen solche Klagen laut werden. Sollte das vielleicht auch in der Absicht der französischen Kulturpropaganda liegen? W. W.

Seefisch mit Kopf.

Bei unserer Bevölkerung macht sich deutlich eine Abneigung gegen die Verwendung ganzer Seefische bemerkbar, insbesondere auch wegen ihres verhältnismäßig großen Kopfes. Dieses Verhalten bedeutet eine bedauerliche Verkenntung des eigenen Vorteils seitens der Hausfrau. Allerdings entfällt bei einigen Fischen, wie z. B. Kabeljau, ein erheblicher Teil des Körpers und damit auch des Nährwertes auf den Kopf. Dagegen besitzen zahlreiche wichtige, dabei zu den billigsten Sorten zählende Seefische, wie der hier trotz seiner vorzüglichen Eigenschaften noch nicht genug geschätzte Köhler (oder Seelachs) und der Lengfisch einen verhältnismäßig kleinen Kopf. Die an ihm reichlich vorhandenen Fleischstücke lassen sich zweckmäßig zu Fischkäse, zu Fischbraten und anderen Gerichten verwenden. Vor allen Dingen aber enthält der Kopf der Fische in seinen Knochen außerordentlich wichtige Nährstoffe, die voll ausgenutzt zu werden verdienen. Diese Knochen enthalten ebenso wie die Gräten Phosphorsäure, wie sie sich in gleichgroßer Menge auch in einem anderen Nahrungsmittel vorfinden. Sie bilden den allerwichtigsten Nährstoff für unsere Knochen und für unser Gehirn, denen dieser sonst in viel zu geringen Mengen zugeführt zu werden pflegt. Besonders die Kinder der minderbemittelten Bevölkerungsschichten werden oft an Krankheiten heimgeführt, die in dem Mangel an Phosphorgehalt des Knochengewebes ihre Ursache haben und sich in hochgradiger Schwächlichkeit äußern. Mit Uebertrauen, dessen Genuß den Kindern meist verweigert, und mit kostspieligen Arzneien verliert man die Krankheit zu bekämpfen, obwohl es doch richtiger wäre, ihr durch eine zweckmäßige Ernährung überhaupt zuvor zu kommen. Auch unsere Muskeln bedürfen zu ihrer Kräftigung einer reichlichen Phosphorzufuhr, wie sie uns der Seefisch mühelos und wohlfeil vermittelt. Es bedarf nur des Auskochens der Fischköpfe zu einer Suppe, die sich noch dazu durch ungewöhnliche Schmackhaftigkeit auszeichnet.

Von der Seefischräuchererei.

Von dem unerlöschlichen Fischreichtum des Meeres, den unsere Hochseefischerei zu jeder Jahreszeit auf die deutschen Seefischmächte bringt, geht ein nicht unerheblicher Teil in die Fischmüllbetriebe, um hier zu Räucherwaren, Fischmarinaden, Bratfischen und Dauerware verarbeitet zu werden.

Die Seefischräuchererei, die sich auf fast alle Rauffische des Meeres erstreckt, liefert ein ganz vorzügliches Nahrungsmittel. Unter Beobachtung größter Sorgfalt werden die Fische gepulvt, gewaschen und dann eine kurze Zeit in Salzlake gelegt, um genügend Salz aufnehmen zu können. Die größeren Seefische zerlegt man zum gleichen Zwecke in Stücke. Im Verlaufe der weiteren Zubereitung werden die Seefische mit den Unterkiefern auf dünne, eiserne Räucherstangen ausgereibt. Die Fischstücke der zerlegten Seefische erhalten hierzu eine Vakuumumhüllung. Die vollgereichten Eisenstangen werden hierauf mit beiden Enden auf viereckige Holzrahmen gelegt und in den Räucheröfen geschoben. Jetzt muß der Räuchermeister seine Kunst zeigen; denn von ihm hängt es ab, wenn durch richtige Feuerhaltung, gleichmäßige Hitze und Raucheinwirkung, durch zeitweise Umkehrung der Räuchertrahmen und durch rechtzeitiges Abfangen des Rauches eine einwandfreie und wohlschmeckende Räucherware geliefert werden soll. Als Feuerungsmaterial kommt vorwiegend Buchen-, Eichen-, Erlen- und Birkenholz zur Verwendung. Das delikate gelbbraune Aussehen des geräucherten Seefisches wird von dem Rauch des angefeuchteten Feuerungsmaterials erzeugt. In etwa einer Stunde ist der Seefisch genügend durchgeräuchert. Nach völliger Abkühlung wird er sauber und wohlgeordnet in mit Pergamentpapier ausgelegte Kisten verpackt und schon tags darauf bietet sein nahrhaftes Fleisch weit drinnen im Binnenlande eine willkommene Bereicherung des täglichen Speisezettels, die leider noch lange nicht genug gewürdigt wird.

Als Räucherfische kommen neben dem frischen Hering, der geräuchert unter dem Namen Seelachs zum Verkauf angeboten wird, hauptsächlich Schellfisch, Seelachs, Lengfisch, Rochen, Rotbarsch, Schollen und Sprotten in den Handel.

Von Woche zu Woche.

Haubtmerkmale zur Zeitgeschichte.

Ist nun die Weltgeschichte vorwärts gekommen? Aus dem 4. August hat man zunächst den 8. August gemacht. An diesem nicht-blauen Montag soll wirklich der Oberste Rat in Paris zusammenkommen. Endlich, sagen die Ungebildigen. Die Vorklägigen aber sagen, mit der Eröffnung der Sitzungen sei noch nichts getan, man müsse erst abwarten, ob die Herren zu vernünftigen Entschlüssen fähig seien. In dieser Hinsicht sind die Ausichten schlecht; denn der Bund, der sich Entente (Einverständnis) nennt, ist so uneinig, wie Geschwister, die um die Erbschaft prozessieren. Der Oberste Rat, der vermeintlich die Welt beherrscht, scheint sich selber keinen Rat zu wissen.

So rückt denn die lange Bank wieder in den Vordergrund. Was man nicht lösen kann, wird verschoben. Am Vorabend der Konferenz taucht immer bestimmter das Gefühl auf, Oberösterreich werde man in einem Provisorium hängenlassen. Ein Stück, das man beim besten Willen nicht polnisch machen kann, soll den Deutschen überlassen, ein anderes Stück den Polen eingeräumt werden; das übrige (d. h. das wirtschaftliche Kernstück) soll bis auf weiteres von der interalliierten Kommission besetzt bleiben. Das wäre ein häßliches und gemeinschädliches Kunstmittel, das nur den Franzosen gefallen kann. Denn es paßt ja in die französische Taktik der Verschleppung, die auf einen Zwischenfall wartet, der sich gegen die Deutschen auswirken ließe. Es paßt ferner den französischen Kapitalisten, die sich um so leichter und billiger in den Besitz der oberösterreichischen Werke setzen können, je länger dort die Unsicherheit dauert. Sogar ein großer Teil der Polen ist gegen die Verschleppung, weil sie mit Recht befürchten, daß die Zitrone ausgepreßt wird, ehe sie ihnen zuffällt. Aber wenn Frankreich halbtot bleibt und England vor dem Bruch mit dem früheren Bundesgenossen zurückbleibt, dann kann es wohl zur Bereivigung des oberösterreichischen Glanz kommen.

Traurig für unsere oberösterreichischen Brüder, traurig für alle Deutschen! Aber gegen die höhere Gewalt ist nichts zu machen. Der deutsche Reichskanzler hat soeben in einer großen Rede zu Bremen an die Bereivigung und an die wirtschaftliche Bereivigung appelliert; aber die Franzosen sind auf diesem Ohr ganz taub. Die Ruhandlung zum Schluß der Kanzlerrede lautet: keine Putzsch! Diese Mahnung hat ihren guten Grund, denn die Franzosen beklagen darauf, daß die Deutschen bei dieser un-

berg einen Schaden auf 150 000 Mark' gefällig hätte und mit zwei Freunden im Auto nach München gefahren war, verhaftet. Von der Summe konnten noch 122 000 Mark gerettet werden. Die drei Burschen hatten im Sinne, im Auto nach der Schweiz zu flüchten.

Die Stadt Ruhla zahlungsunfähig. Die erst vor einem halben Jahre dem Eisenacher Bezirk vollständig zugesperrte Stadtgemeinde Ruhla, bekannt durch ihre Uhren- und Meerschamminindustrie, ist in großen Geldnöten. Wie der Bürgermeister in der letzten Sitzung des Gemeinderates mitteilte, ist die Stadtkasse nicht imstande, in der nächsten Woche irgendwelche Löhne und Gehälter auszuzahlen. Eine Bank, welche bisher Vorschüsse gegeben hat, erklärte, nicht mehr in der Lage zu sein, der Stadt fernerhin Kredit zu geben.

Trauischer Autounfall. Durch einen eigenartigen Autounfall ist die Gräfin von Renesse auf Schloß Dürresheim ums Leben gekommen. Die Gräfin, die sich vor zehn Tagen verheiratet hatte, kam mit ihrem Gatten vom Hochamt aus Maria Laach zurück. Zwischen Kottenheim und Thurn kreuzte das Auto das Fuhrwerk eines Metzgermeisters, an das es so scharf herangeriet, daß dem Pferde ein Bein abgefahren wurde. Das verletzte Tier fiel auf das Auto und drückte den Kopf der jungen Gräfin in eine eiserne Spitze. Das Blut drang ins Gehirn, und der Tod trat alsbald ein.

Schwerer Schaden durch Hagelschlag. Wie aus Mannheim gemeldet wird, wurden durch schweren Hagel

geschlag die Gemartungen Radenburg, Ebingen und Heddesheim verübt. Besonders bei Heddesheim, der bedeutendsten tabakbauenden Gemeinde des Landes, ist der Schaden an Tabakulturen unübersehbar. Auch die Obstbäume wurden stark beschädigt, da nicht nur das Obst, sondern auch viel Holz herabgeschlagen worden ist.

1 1/2 Milliarden Kronen Schaden durch die Ranne. Nach Schätzung des tschecho-slowakischen Landwirtschaftsministeriums beträgt der bisher durch die Ranne angerichtete Schaden bereits 1 1/2 Milliarden Kronen. Bei den unzulänglichen Abwehrmaßnahmen und der Vermehrungsfähigkeit der Ranne dürfte mit einer starken Erhöhung dieser Zahl zu rechnen sein.

Schwerer Eisenbahnunfall in Indien. Bei dem schweren Eisenbahnzusammenstoß zwischen einem Post- und einem Güterzug bei Tawoi in Birma wurden 98 Personen getötet und 57 schwer verletzt.

Durch Hochspannung getötet. Der wirtschaftliche Inspektor auf dem Gute Johanneshöhe bei Steinhilber, der mit dem Zusammenlegen des Höhenförderers beschäftigt war, kam mit der elektrischen Hochspannungseileitung in Verührung und wurde sofort getötet. Ein Vorschütter des Gutes, der ihn aus seiner gefährlichen Lage befreien wollte, wurde ebenfalls vom Strom getroffen und verfiel hierauf in Krämpfe, so daß er einer Anstalt überwiesen werden mußte.

Der Wasserstand der Elbe ist in Dresden am Freitag um 237 Zentimeter unter Null gesunken und hat damit den tiefsten je verzeichneten Stand erreicht.

großen weidensprode sich gelegentlich zu einem Fehl-
ritt hinreißten lassen.

In den letzten Wochen wollten die Franzosen
sogar den Versuch machen, die kleine deutsche Note,
die für den Truppentransport sich die gemein-
same Anmeldung der drei verbündeten Mächte aus-
setzt, zu einer Krise auszubilden. Der französische
Botschafter erschien in unserem Auswärtigen Amt,
erklärte die Note für nicht genügend und forderte
im Ultimatumston Erklärungen über die deutsche
Transportwilligkeit. Unser Außenminister schrieb drei
Briefe, um den Herren klar zu machen, daß Deutsch-
land nur aus lauterer Notwendigkeit und in voller Bohalt-
heit sich an den Friedensvertrag halte und zu jedem
Transport bereit sei, den der Oberste Rat (also die
Besamtheit der Alliierten) beschließen würde. Der Pa-
riser Ministerpräsident Briand sah doch ein, daß sich
diese Sache nicht zum Strachmachen eigne, und be-
gnügte sich mit einer belanglosen Demonstration, einem
fog. gemeinschaftlichen Schritt in Berlin. D. h., die
drei Ententegeandten traten am Mittwoch nach dem
Frühstück im Auswärtigen Amt an, um eine für
sineurennen, die Sperrangelegenheit offen stand. Sie
forderten von Deutschland „Vorkehrungen“ für einen
Truppentransport, der etwa beschlossen werden könnte,
und unser Außenminister wiederholte mündlich, was
er den Herren schriftlich gegeben hatte, nämlich, daß
Deutschland bereitwilligst den Anforderungen des
Obersten Rates Folge geben werde. Mit solchen hohlen
Formalitäten müssen sich die hohen Diplomaten die
Zeit vertreiben.

Spannischen meldet sich von Osten her ein furcht-
bares Verhängnis für Europa an: die Hungers-
not in Sowjet-Rußland. Das Elend von vie-
len Millionen, der Zusammenbruch der kommunistischen
Wirtschaft, die Ausbrüche der Verzweiflung, die Aus-
breitung der Hungernot und Seuchen auf das übrige
Europa, — das alles sollte doch auf die westlichen
Staatsmänner wie ein Ordnungsdruck des Schicksals
wirken, damit sie endlich ihren kurzfristigen Eigen-
nutz und die rücksichtslose Menschenquälerei aufgeben.

Der Oberste Rat münte und sollte der Retter
Europas werden. Oder sollen wir das Lied anstim-
men: „Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht
zu helfen weiß“?

Zur Kürzung der Pensionen.

Anrechnung der Nebenbeschäftigung.
Bekanntlich hat die Nationalversammlung im
August 1919 in einer Entscheidung gefordert, daß
das Arbeitseinkommen eines Versorgungsberechtigten
unter gewissen Voraussetzungen auf dessen Pension
angerechnet werden soll. Es handelt sich dabei vor-
nehmlich um die zahlreichen pensionierten Offiziere
und Beamten. Ein solches Gesetz ist nun dem Reichs-
rat zugegangen, der es demnächst beraten wird.

Die Kürzung der Pensionen ist nun derart in
Anschlag genommen, daß, wenn das Jahreseinkommen
des Pensionärs aus gewinnbringender Nebenbeschäfti-
gung 10 000 Mark übersteigt, die Hälfte dieses Über-
schusses auf die Pension angerechnet werde, also bei
einem Einkommen von 20 000 Mark würde die Pen-
sion um 5000 Mark gekürzt werden. Nur das Ar-
beitsseinkommen, und zwar außerhalb des Reichs-
und Staatsdienstes, wird berücksichtigt, da für Pensionäre
in staatlicher Stellung entsprechende Kürzungsbestim-
mungen bereits gelten. Der Vermögensbesitz wird nicht
herangezogen, da derselbe auch nicht bei aktiven Beam-
ten auf ihre Gehälter angerechnet wird.

An Stelle der 10 000 Mark soll, wenn es für
den Pensionär günstiger ist, die Differenz treten,
zwischen dem letzten Dienstseinkommen des Beamten
und seiner Pension, wobei Kinderzuschläge, Kriegs-
und Verfallungszulagen außer Ansatz bleiben. Zum
Beispiel Differenz zwischen 35 000 Mark Gehalt und
15 000 Mark Pension 20 000 Mark, bei einem Ein-
kommen in dieser Höhe findet mithin eine Kürzung
nicht statt; beträgt aber das Einkommen etwa 24 000
Mark, so wird die Hälfte vom Überschuß (also 2000
Mark) von der Pension in Abzug gebracht. Da der
Feuerungszuschlag für die aktiven Beamten un-
veränderlich ist, so steht auch die Kürzungsgrenze nicht ein-
für allemal fest. Für die Durchführung des Kür-
zungsverfahrens werden genaue Bestimmungen getrof-
fen, um Härten auszugleichen.

Lebhafte Proteste.

Das Verlangen der Nationalversammlung hat in-
den von dem angekündigten Gesetz betroffenen Krei-
sen lebhaften Widerspruch hervorgerufen. So hat die
Deutschnationale Beamtenschaft in einer Entscheidung
jede Anrechnung des sonstigen steuerpflichtigen Ein-
kommens eines Beamten auf seine Bartegeld-, Ruhe-
gehalts- und Nebenbezüge als unvereinbar mit dem
Rechtscharakter dieser Ansprüche abgelehnt. Sie stützt
sich hierbei einerseits auf Artikel 129 Abs. 1 und 4
der Reichsverfassung, wonach die wohlverordneten Rechte
der Beamten und Berufsbeamten unverletzlich sind,
und andererseits auf die Tatsache, daß bei Festsetzung
der Gehälter der öffentlichen Beamten der gewöhn-
liche Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenen-
fürsorge bereits in Anrechnung kommt. Das geschieht
in der Form, daß die Gehälter der öffentlichen Be-
amten niedriger gehalten werden als die unter glei-
chen Verhältnissen an Privatangestellte ohne Ruhe-
gehaltsansprüche gezahlten Gehälter. Es wird also
vielfach ein Teil des Gehaltes der öffentlichen
Beamten von vornherein einbehalten als Deduktion für
die späteren eventuellen Ruhegehalts- und Hinter-
bliebenenansprüche.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bemerkt zu der Ge-
setzesvorlage: „Das Berufsleben vermag es nicht zu
verstehen, daß Minister, welche als Parlamentarier
in diese Stellung gerufen sind, nach kurzer Dienst-
zeit, unter Anrechnung früherer freier Berufstätig-
keit als Dienstzeit hohe Ruhegehälter bewilligt, den
Berufsbeamten aber, die in langjähriger harter Ar-
beit verdienten Ruhegehälter beschneiden werden sollen.“

Die russische Hungerkatastrophe.

„Nur“ 18 Millionen Hungernde.

Die Sowjetregierung hat an alle Staaten
eine Danknote gerichtet und um Fortsetzung der Hilfs-
aktion für die Hungergebiete gebeten. Gleichzeitig

greift der Sowjetkommissar für Auswärtige Angele-
genheiten Tschitscherin die europäischen und ameri-
kanischen Blätter wegen „Verbreitung der Nachrichten
über die Hungersnot“ heftig an. Tatsache sei, daß die
Böge ernst, aber doch nicht hoffnungslos sei.

Im verschiedenartigen Fallschmelzen über die
Lage in Rußland entgegenzutreten, erklärt die Sowjet-
regierung, daß auf Grund genauer Feststellungen die
Bevölkerung der hungernden Wolga- und Kama-Gou-
vernements 18 Millionen betrage. Zu ihrer
Berpflanzung seien, nach den auf die Hälfte herabge-
setzten Rationen gerechnet 58 Millionen Pud Brot-
getreide nötig. Borräte in den betreffenden Gou-
vernements fehlten vollständig. Da der Ernteausfall
auf dem Gesamtgebiete der Sowjetrepublik noch nicht
feststehe, könne noch nicht bestimmt werden, inwiefern
Rußland mit eigenen Ernteerträgen werde auskom-
men können. Ein beträchtlicher Teil der hungernden
Bevölkerung sei bestrebt, in Gebiete mit besserer Ernte
auszuwandern. Tschitscherin bestreitet, daß die Wan-
derungen der Hungernden irgendwo zu Ausschreitun-
gen oder Gewalttätigkeiten geführt hätten.



Das Gebiet der Mißernte und Hungersnot im Süd-
osten Sowjetrußlands.

Hilfsangebote ausländischer Organisationen lägen
der Regierung bereits vor. Die Sowjetregierung er-
klärt sich bereit, ohne alle politischen Rücksichten jede
Hilfe entgegenzunehmen, von wem sie auch ausgehe.
Die Note schließt mit einer Dankagung an alle,
die sich bereits erboten haben, dem russischen Volke
zu helfen, und ermahnt sämtliche Regierungen, ihren
Teil der Hilfsaktion tätigen Bürgern keine Hindernisse
in den Weg zu legen.

Der Kampf gegen die Cholera.

Die Sowjetpresse verbreitet eine amtliche Mitteil-
ung, wonach die Cholera folgende sechs neue Gou-
vernements ergriffen habe: Podosol, Wolynsk, Kiow,
Poltawa, Twerst und Smolensk. Die Zahl der
versuchten Gouvernements erhöht sich
also auf 24. Im Zusammenhang mit der Ausbrei-
tung der Seuche hat die Zentralregierung folgende
Verhaltensregeln zur Befolgung erlassen: 1. Den
Einwohnern der von der Cholera befallenen Ortshaf-
ten, auch den in einem Umkreis von 100 Werst
nach Außen wohnenden, ist die Ab- und Zureise nach
und von einer Ortshafte zur anderen ohne Geneh-
migung der Behörden verboten. Personen, die
dieses Verbot übertreten, werden nach Feststellung des
Sachverhalts auf der Stelle erschossen. 2. Die
Bezeichnung der an der Cholera Verstorbenen werden
auf Verfürgung der örtlichen Stellen, die mit der
Bekämpfung der Seuche beauftragt sind, sofort ver-
brannt. 3. Die Häuser, in denen Choleraerkrankun-
gen vorgekommen sind, werden unverzüglich geräumt
und desinfiziert; im Falle der Unmöglichkeit einer
zweckmäßigen Desinfektion werden sie eingestürzt.

Gegen die Goldsteuer.

Der Schutzbund für deutschen Grundbesitz hatte
am 30. Juli im Rheingold zu Berlin zur Beratung
einer Kundgebung geladen, die unter zahlreicher
Beteiligung, auch seitens der Behörden, stattfand. Hier
sprach für die Zentrale des Schutzbundes Bankdirek-
tor Lüder und Hauptgeschäftsführer Dr. Stein-
zer, für die Industrie Dr. Pinnerel für den
händlerischen Hausbesitz Stadtrat Humar-München
Mitglied des Reichswirtschaftsrats, für den Real-
kredit Bankdirektor Hirtz und für die Landwirtschaft
Kutscherer Hüllger-Spiegelberg (Vorsitzender des
Reichs-Landbundes). Seinen mit lebhafter Zu-
stimmung begrüßten Ausführungen entnehmen wir
folgendes:

Wenn das Reichswirtschaftsministerium in der
Begründung seiner Steuerpläne ausführt, daß die
Landwirtschaft bei Eintragung einer Goldrentenschuld
Zwangshypothek zur Deckung der dadurch entstehen-
den Auszahlung jederzeit die Preise der Erzeugnisse
erhöhen könne, und mit 4 Milliarden, später sogar
mit einem auf 10 Milliarden erhöhten Ertrage rechnet,
so ist das eine Fressfährung unseres Volkes. Da die
erhöhten Preise für die landwirtschaftlichen
Produkte ja schließlich doch von den
Konsumenten getragen werden, ist auch die
Zwangshypothek nichts weiter, als eine
neue Belastung der großen Masse. Eine un-
gerechte Preissteigerung und daran anschließende Lohn-
steigerung würden die Folge sein, wobei zu beachten
bleibt, daß die Lohnsteigerung nicht mit der Stei-
-

erung gleichen Schritt hält, sondern ihr bleibend nach-
hinkt. Aufgabe der Reichsregierung müßte es sein, jede
weitere Preissteigerung, jede weitere Lohnsteigerung
zu verhindern, damit der uns so oft vom Regierungs-
tisch versprochene Abbau der Preise eintriften kann.

Der unberrückbare Standpunkt der Landwirtschaft
ist der: nur vom Ertrage können Steuern erhoben
werden! Wie man über die steuerliche Belastung der
Landwirtschaft denkt, dafür ist folgendes Gespräch,
das ein höherer Beamter in der Eisenbahn mit mehreren
Bauern führte, charakteristisch. Der Beamte erklärte:
„Ihr braucht ja nur ein Kalb zu schlachten und zu
verkaufen, dann könnt Ihr allen Leistungen an den
Staat nachkommen!“ Worauf ihm einer der Bauern
erwiderte: „Sie haben vollkommen recht, aber Sie ver-
gessen dabei, wenn wir unsere Kühe schlachten, gibt
es keine Kühe mehr und dann müßt Ihr Euch die Milch
holen von den Dänen, die solche Gesetze machen!“

Bei der Beurteilung der Preise der landwirt-
schaftlichen Erzeugnisse denkt man nicht an die Mühe
und Arbeit, die der Bauer hat. Man berücksichtigt auch
die in den Preisen der Zwangsbeiwirtschaftung der
landwirtschaftlichen Produkte stehenden Verwaltungs-
kosten nicht. Vor kurzem ist einwandsfrei errechnet, daß
diese bei jedem Brot allein 98 Pf. betragen.

Es ist Demagogie, durch das Schlagwort: Sie
besitz — die Milchbesitz! das Volk zu spalten. Was
ist heute der Besitz in vielen Fällen anders als
eine ungeheure Last? Was wäre daraus geworden,
wenn der Bauer den Achtstundentag eingehalten hätte?
Dann wäre der Städter verhungert! Wenn sich nicht
auch fernerhin der Bauer mit seiner ganzen Fami-
lie für den landwirtschaftlichen Betrieb einsetzt und
arbeitet, solange die Sonne am Himmel steht, haben
wir in naher Zukunft russische Zustände. Der Bauer
will an Steuern tragen, was er aus dem Ertrage decken
kann. Eine Zwangshypothek lehnt er unter allen
Umständen und mit allen Mitteln ab! Die Zwangs-
hypothek bedeutet die Verpfändung und Auslieferung
des deutschen Grund und Bodens in Stadt und Land
an das Ausland.

Erforderlich ist ein einmütiger Zusammenschluß
aller, die da schaffen; an der Rauhheit und Blauheit
der Bürger und Bauern leiden wir. Nicht die Partei-
wirtschaft kann helfen, sondern nur die Gewerkschaft
aller Schaffenden, die nicht die anderen Teile des
Volkes beherrschen will, sondern sich mit diesen gleich-
berechtigt an den Verhandlungstisch setzt. Dann wird
man durch gegenseitiges Verstehen erkennen können,
was der einzelne Stand steuerlich leisten kann. Wer
aber den Ertrag so beschneidet, daß er zum Leben
nicht mehr ausreicht, der erbtet jeden Schaffenstrieb,
verhindert jede Produktion und damit den Wieder-
aufbau unseres Vaterlandes.“

Friedensvertragsaufklärung.

Von Dr. Adolf vom Berg.

Unser staatliches und wirtschaftliches Leben wird
fortlaufend durch den „Friedensvertrag“ von Bern
fortgeführt; man hat ihn daher mit Recht als
„die Verfassung Deutschlands“ bezeichnet. Dieser Zu-
stand führt allmählich zu einer vollkommenen Ent-
rechtung Deutschlands, da die Entente den Friedens-
vertrag in Bezug auf ihre Rechte ganz willkürlich
auslegt und ferner aus jeder angeblich mangelhafter
Erfüllungshandlung neue größere Erfordernisse
herausrechnet. Proteste Deutschlands werden von der
Entente nach rein machtpolitischen Methoden erledigt,
d. h. als Neugierungen eines vollkommen ohnmächtigen
Staatsgebildes keines wirklich sachlichen Eingehens ge-
würdigt. Wenn Lloyd George von einem „fair play“
gegenüber Deutschland spricht, so sehen selbst stärkste
deutsche Optimisten darin keinen aufrichtigen Willen
zur Loyalität, sondern nur eine parlamentarisch-sta-
tische Redensart für eine bestimmte Situation. Und es
ist gut so, daß in Bezug auf die Haltung der Alliierten
bei uns allmählich eine Stimmung erwacht, die auf
restlose ungehemmte Ausklärung über die Grund-
tendenzen des Friedensvertrages hindrängt. Nur der
wird katastrophale Lagen meistern können, der die
Gefahren in ihrer ganzen Realität erkannt hat. Diese
Momente äußerster Gefahr werden in den nächsten
Jahren uns immer wieder an den Abgrund totaler
Vernichtung des Restes unserer wirtschaftlichen und
staatlichen Selbständigkeit bringen. Hier muß das
ganze Volk einmütig zusammenstehen, um noch zu
retten, was zu retten ist! Es handelt sich nicht um
gelegentliche Demonstrationen und Proteste, es han-
delt sich um den hartnäckigen, unbegrenzten Willen, daß
wir uns selbst nicht aufgeben. Darin besteht der Zu-
halt wirklich positiver Friedensvertragsaufklärung, daß
nicht nur das ganze Volk einsteht, wie weit Deut-
schland durch einzelne Bestimmungen des Friedensver-
trages territorial und wirtschaftlich verstimmt,
intra- und außerpolitisch entrechtet ist, sondern auch
hauptsächlich darin, daß wir heldenhafte Widerstands-
kraft gegen alle Versuche der Entente bekommen, die
Volksgemeinschaft völlig aufzulösen. Wir wollen er-
füllen, wehren uns aber gegen alle Maßregeln, die
unsere Wirtschaft und damit die Erfüllung gefährden,
wehren uns weiter gegen alle Maßregeln, die unser
Volkstum und damit unsere Volkseehe vernichten. Der
Feind steht nicht nur draußen, sondern mitten unter
uns.

Feinde sind, die da sagen: „Wir sind besetzt.
Wir müssen alles tun, was die Entente von uns ver-
langt.“ Auf sie paßt Goethes Wort:

„Zur Freiheit gewöhnt der Mensch sich gut
Und lernt leicht gehorchen, wenn man ihn
Der Freiheit ganz beraubt.“

Ferner sind es die, welche in der Rot Deutschlands
ohne jede Kenntnis der Grundgesetze der Wirtschafts-
politik ihre Parteiforderungen zu verwirklichen trach-
ten, indem sie sagen: „Je mehr die Wirtschaft Deut-
schlands von der Entente bedrängt wird, desto leichter
werden wir die Forderung einer kommunistischen deut-
schen Wirtschaft durchdrücken.“

Die Gefährlichsten sind aber die, welche nur die
Magenfrage entscheidend sein lassen und behaupten,
es komme in Zukunft nur darauf an, daß Deutschland
erträglich Wirtschaftsbedingungen bekomme. Ahnen

... je eine Frage nationaler Ehre, nationaler Selbstbestimmung, nationaler Selbstachtung gleichgültig. Ob Deutschland Schuldig am Weltkrieg ist, ob Deutschlands Krieger zu Kriegsverbrechen gestempelt wurden, ist ihnen eine Nebenfrage.

Gegen diesen Geist nationaler Ehrverneinung muß das ganze deutsche Volk aufstehen. Davon hängt es ab, ob Deutschland in der Welt als Sklavenland angesehen wird oder nicht. Das weiß die Entente ganz genau. Deshalb ihr Drängen auf ein neues Kriegsschuldenerkenntnis, deshalb ihre Belagerung gegen die Öffnung ihrer eigenen Archive und ihre Furcht vor der Aufdeckung ihrer Kriegsverbrechen. Deshalb ihr Kampf gegen die Rechtsprechung in den Leipziger Prozessen, die eigentlich ihrer Ansicht nach jedem Angeklagten die Ehrenrechte abschneiden müßte.

Alle die, die in der Friedensvertragsaufklärung nur außenpolitische Bildung sehen, haben eine harte Notwendigkeit der Zeit nicht erfasst. Friedensvertragsaufklärung ist — Einhämmern und Härten des Willens zur Selbstbehauptung. Dies ist zur Zeit die wichtigste Aufgabe aller Parteien und aller überparteilichen wirtschaftlichen und politischen Organisationen.

Es geht um das Ganze; alle diese Fragen können nicht durch Kompromisse erledigt werden. Den Gegner schlägt man nicht indem man höflich ist.

„Auf groben Noz ein grober Keil! Auf einen Schelmen anderthalbe.“ (Goethe.)

Menschenschacher im Zeitalter der Demokratie.

„Die obereschlesische Frage“, — ein Gelächter und eine schmerzliche Scham, — d. h., das Gelächter hat nichts von der befreienden Heiterkeit, sondern ist nun die bittere Antwort auf die perverse, verrückte Heuchelei unserer Tage.

Es hiesse, Gulen nach Athen tragen wollen, wenn man unternehmen wollte, alle Einzelheiten des Verbrechens festzustellen, das an diesem Lande von den „hohen, alliierten Regierungen“ schon begangen worden ist. Man kann nur sagen: Wie Karl dem Großen seine Tat von Verden, Ludwig XIV. die Verwüstung der Pfalz, Napoleon sein Moro am Herzog von Ungarn untergehen gelassen ist, so wird der Entente untergehen bleiben, was sie an Oberschlesien verbrochen hat. Ein schlechter Trost? Es soll gar kein Trost sein.

Aber auf den grotesken Widerspruch muß doch immer wieder der Finger gelegt werden. In Oberschlesien findet nach den Bestimmungen des famosen Versailles Friedensdokumentes die Volksabstimmung statt, — im demokratischen Zeitalter soll das Volk darüber entscheiden, ob Oberschlesien zu Deutschland oder zu Polen gehören soll, — und nun? Vor Frankreichs Extratour ganz abgesehen, — die Entente vertritt seit Monaten, was nun geschähen soll? Ja, was soll denn geschähen? Das Abstimmungsergebnis soll durchgeführt werden? Nur ein Wächeln ist die Antwort auf die Naiven, der das erwartet. Ja, wenn die Majorität polnisch gewesen wäre! Aber sie ist deutsch ausgefallen. Und nun wird beraten. Einen Tag heißt es, Sachverständige sollen gehört werden. Den nächsten Tag, der „Hohe Rat“ werde entscheiden. Den dritten — und das ist eigentlich der blutigste Tag — Nordamerika solle das Schiedsgericht aben. Was heißt denn das? Soll in Nordamerika, wo man wahrscheinlich zuerst gar nicht recht weiß, wo eigentlich die Polakel liegen mag, und man sicher schon geographisch sehr schlecht über Oberschlesien orientiert ist, eine neue Volksabstimmung stattfinden? Ah nein. So demokratisch ist man in der größten Demokratie nicht. Aus Höflichkeit, fast gemischt mit allerlei ränkevollen Spekulationen, will man — Herr Harding, einem einzigen Manne, die Entscheidung über Millionen europäischer Menschen, buchstäblich über Leben und Tod, Untergang oder Zukunft von Millionen zuschieben! Und das nach erfolgter, korrekter demokratischer Abstimmung! Und das im Zeitalter der Demokratie!

Was ist das anderes als Seelenverkaufertum, Menschenschacher im größten Stil? Und die „Staatsmänner“ lächeln: Das ist Demokratie! O tempora, o mores!

Russische Hilfsaktion.

Aus Rußland gelangen Hilferufe in das übrige Europa und nach Amerika. Der russische Dichter Maxim Gorki hat ein Telegramm an die englische und an die amerikanische Regierung gerichtet und um Hilfe für die von schwerer Hungersnot bedrohten Wolgagebiete ersucht. Der Moskauer Patriarch Tichon hat sich an die Erzbischöfe von Canterbury und von Neuport gewandt und um Errettung des in Hunger und Seuchen verkommenen russischen Volkes gebeten. In die wirtschaftliche Forderung Rußlands, an der die verblende Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht die Schuld trägt, kam in diesem Jahre eine außerordentliche Dürre, welche das ohnehin sehr spärlich angebaute Getreide der Wolgagebiete verderben ließ. Eine amerikanische Studienkommission, die um die Mitte Juli in Berlin weilte und dann nach Prag und Wien weiter reiste, hat nur die wirtschaftlichen Möglichkeiten Mittel- und Osteuropas studiert; an osteuropäischen Dingen nimmt man in Amerika nur den Anteil, daß man ängstlich jeden Volkswirtschaften vom amerikanischen Boden fernhalten sucht. Daß eine gründliche Sanierung Mittel- und Osteuropas unumgänglich ist, daß auch Amerika hieran lebenswichtig interessiert ist, hat man in den Vereinigten Staaten noch nicht begriffen.

Während Rußland tiefer und tiefer in Not gerät, werden in Frankreich und Deutschland Pläne erwoget, ob und wie eine gemeinsame wirtschaftliche Aufschlußarbeit Frankreichs und Rußlands durchgeführt werden könnte. Die amtliche Wirtschaftszeitung der Räte-republik „Oekonomicheskaja Schiza“ teilt mit, daß im Nischen Donzgebiet (der Donz ist ein Nebenfluß des Don und durchschneidet das wichtigste Kohlengebiet Rußlands) sowie auf der Halbinsel Krim Konzessionen

Ar Kohlen, Erze und Erdöl an ausländische Kapitalisten gegeben werden sollen. In der genannten Zeitung werden natürlich die Aussichten solcher Aufschlußarbeiten in glänzenden Farben gemalt. Es wird allerdings zugegeben, daß die Voraussetzung für solche Internierungen die Schaffung von Wegen und Eisenbahnlirien sowie der Ausbau von Getreide sein wird. In den im August wieder aufzunehmenden deutsch-französischen Reparationsverhandlungen wird wahrheitlich eine deutsch-französische Kolonisationsarbeit in Rußland besprochen werden. Eine solche gemeinsame Arbeit — bei der natürlich Deutschland die Aufwendungen machen und Frankreich die Gewinne einstecken soll — wäre in gewisser Hinsicht jedenfalls die beste Art, wie Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber den Verbandsmächten abtragen könnte. Bei den Vorschlägen, die wir fast seit zwei Monaten hören, ist der Kurs der hochwertigen ausländischen Zahlungsmittel ungeändert in die Höhe getrieben worden. Den Schaden haben nicht nur wir durch eine Entwertung der deutschen Mark gehabt, sondern auch Frankreich, Belgien, Italien und andere Länder mit nittelfester Währung, denen die Einkäufe besonders in Amerika außerordentlich verteuert wurden. Gegen die Warenlieferungen hat man schon auf der Brüsseler Sachverständigen-Konferenz im letzten Dezember allerdings geltend gemacht. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß unsere Gläubiger deutsche Waren für zwei oder gar mehr Milliarden Goldmark jährlich abnehmen werden, ja sie damit ihre eigene Industrie ruinieren würden. Der Gedanke gemeinsamer Kolonisation ist bereits wiederholt erörtert worden, allerdings nicht in Bezug auf Rußland. Da es den Franzosen bei solchen Internierungen ausschließlich auf die Erzielung von Gewinnen ankommt, wäre für Deutschland eine Beteiligung an einer solchen Erschließung nicht unbedenklich. Wir müssen mit einem vom bolschewistischen Wahnsinn geheilten Rußland in ein enges Gegenseitigkeitsverhältnis treten, bei welchem unentschieden ist, wer von beiden mehr gibt oder empfängt. Geben wir uns zur Teilnahme an einer Ausbeutungspolitik in Rußland her, so werden wir damit unsere letzten Aussichten, außerhalb unserer eigenen Grenzen eine weltanschauende Wirtschaftspolitik treiben zu können.

Berlin, wie es ist und wurde.

Abstammung der Berliner und Entstehung des alten Berlins.

Der Grund-Charakter Berlins ist in gewisser Beziehung seit 200 Jahren der gleiche geblieben, freilich mit der Zeit und den sozialen Fortschritten Deutschlands und der Welt ebenfalls fortschreitend. Wie entstand diese Stadt? Aus einem wendischen Fischerdorf, durch das Vorbringen der germanischen Stämme von West nach Ost (im Spreewald liegen die letzten, zusammengedrängten Reste der wendischen Stämme) bildete sich die Doppelstadt „Berlin-Cölln“ an der Ufer der Spree, da, wo sie bereits größeren Schiffen An- und Abfahrt gewährte. Durch die Havel mit der Elbe und der Nordsee verbunden, später durch einen Kanal mit der Oder, im beinahe mathematischen Mittelpunkt des nördlichen Deutschlands mußte sie ein Umschlagplatz von West nach Ost werden. Mit der klugen Handelspolitik der preussischen Könige, der wachsenden Macht Preußens wuchs und gedieh auch dessen Hauptstadt. Der Große Kurfürster hinterließ die im 30-jährigen Kriege auf nicht ganz 3000 Einwohner zusammengeschrumpfte Gemeinde schon in glänzender Blüte. Er holte sich auch Kuglerweise die aus Frankreich vertriebenen Hugenotten, die protestantischen Refugies, die eine eigene Kirchengemeinschaft (die „französische Kolonie“) begründeten und ihre höhere Kultur, ihre verfeinerten Handwerke und Gewerbe in die Stadt brachten, ihr dadurch ein gut Teil ihres späteren geistigen Charakters ausprägend, jenen Geist und Witz, jene kritische Verstandeschärfe, die von je ein gallisches Erbteil war.

Friedrich I., der erste preussische König, prunksüchtig und ehrgelzig, vergrößerte Berlin über seine mittelalterlichen Stadtmauern hinaus durch Anlegung der Friedrichs- und der Dorotheenstadt (nach seiner Gemahlin benannt). Friedrich Wilhelm der Erste, der Vater des großen Friedrich, den man zu Unrecht den Soldatenkönig nennt (dann er war der große Abteil-Organisator des Landes und hiesie mit mehr Recht ein Bärgerkönig), setzte jene Bautätigkeit höchst gewaltsam fort. 1721 setzte diese Tätigkeit ein. Die Friedrichstadt, in der nur vereinzelte Häuser standen, sollte ausgebaut werden. Der König zwang seine Minister, seine höheren Beamten und Offiziere, aber auch besser gestellte Handwerker und Kaufleute in jeder Weise zum Bauen. Er verschonte die Grundstücke, gab Baugelder und Baumaterialien, teils gratis, teils auf Hypothek. Wer befordert werden oder ein Privileg oder seine Gunst haben wollte, den zwang er, ein Haus zu errichten. Die weit über das Bedürfnis vergrößerte Stadt, die Menge und Zahl der Häuser und Einwohner sollten die Größe und Macht des neuen Königreichs erweisen. Aber die Menschen fehlten. Durch Privilegien lockte der König sie von außerhalb herbei. Er versprach, „die Werbungen überall zu cessiren“ (was er übrigens nicht hielt); er versprach freies Bürger- und Meisterrecht, für 5 Jahre „Exemption von Servis und Einquartierung“; er gab größeren Familien Reisegelder, Vorschüsse, Zuschüsse zur Miete und Handwerkszeug. Er stiftete Kirchen und Schulen und ließ zinsfreies Kapital „zur Etablierung“ an Handwerker und Fabrikanten. So lockte er die Fremden herein, während er die Berliner selbst einfach zum Bauen zwang.

So entstanden in der Friedrichstadt die schmucklosen, einfach abgehutzten Häuser, die ihre Längsseite nach der Gasse zuehrten. Je länger die Front des Hauses, um so höher waren die Baugelder, die der Monarch gab. Wie hoch das Haus war, war gleichgültig — also baute man nur ein erstes Stockwerk. Ein Haus, breit an das andere gefest, sah so nützlich wie das andere aus. Kein Erker — nur ein Dachstuhl zur Belebung der langgestreckten Dächer aber nichts auf die Straße „hinaus gebauet“, damit diese „raum und weit“ bliebe. Alle Häuser gleichen

einander, als wären die Straße nur aus einem einzigen, langen und niedrigen Hause. Stadterde und Dachfläche wie mit dem Lineal gezogen. Gleicher Aufbau und gleiche Farbe verpflanzte die nächste Gleicheit. Nach Brandenburgischer manier angestrichen, spitzelte man über diese weiß- und gelblichgelben Häuser, die an neugebaute Kasernen erinnerten und mit den langen, breiten und geraden Strahenzügen Berlin zuerst jene Weiträumigkeit und Richtigkeit ausprägten, die es zum Teil bis heute behalten hat, die es freilich später auch zur reinen Kasse und gesündesten Stadt Europas machten.

Robert Nisch.

Politische Rundschau.

Die belgische „Kriegsschäden“ zuhandeln. Wie das belgische Sozialistenblatt „Le Peuple“ berichtet, ist auf dem Gebiet der belgischen Kriegsschäden ein großer Betrag ans Tageslicht gekommen, dessen Opfer zunächst das Kriegsschadensamt in Charleroi werden sollte. Die genannte Zeitung schreibt darüber:

Der Großindustrielle Jules Subinon, der in Marchienne eine Eisengießerei und Maschinenfabrik betreibt, hatte für Maschinen, die die Deutschen ihm fortgenommen haben sollten, einen Entschädigungsantrag auf insgesamt 1.200.000 Franken (nach dem Werte von 1917) gestellt. Die Unterlagen für diese Deklaration schienen in Ordnung zu sein, so daß das Kriegsschadensamt von Charleroi die Forderung des Antragstellers anerkannte und ihm eine Kontozahlung von 400.000 Franken bewilligte. Der Staatskommissar erhielt aber Wind davon, daß die Sache mit dieser Entschädigungsforderung faul sei. Es wurden Untersuchungen angestellt, aus denen sich ergab, daß Subinon Maschinen, die er als kriegsverlorene angemeldet, aus Frankreich nach Ham-sur-Heure verkauft hatte, wo sie noch sorgfältig wurden. Subinon wurde verhaftet und seine Papiere mit Beschlagnahme belegt.

Die traditionelle Lieberzeugung: „Deutschland zahlt alles“ scheint die Moral vieler belgischer Kreise doch arg geschädigt zu haben.

Die kirchlichen Gruppen auf der evangelischen Kirchenversammlung. Das Stärkeverhältnis der kirchlichen Parteien auf der kommenden Kirchenversammlung läßt sich annähernd übersehen. Das Gesamtergebnis wäre bei 216 Sitzen: 145 Positive, 45 Mittelpartei und 26 Liberale. Nach einer anderen Berechnung dürfte das Ergebnis folgendes sein: 221 Sitze, davon 148 Positive, 50 Mittelpartei und 23 Liberale. Nach einer dritten Berechnung zeigt die Kirchenversammlung folgendes Gesicht: 218 Sitze, davon 146 Positive, 48 Mittelpartei und 24 Liberale. Trotz der Abweichung geht aus diesen Berechnungen mit Deutlichkeit hervor, daß die Rechtsgruppen weitaus die Mehrheit haben.

Reichsregierung und Brotpreisbildung. Halbamtlich wird mitgeteilt: An die Reichsregierung ist in letzter Zeit wiederholt der Wunsch herangetreten, sie möge Schritte tun wegen eines Ausgleichs der durch die Brotpreisbildung eintretenden Lebenshaltungserweiterung. Dies Verlangen ist verfehlt, weil die Angelegenheit zurzeit unter den Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch selbst erörtert wird. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat sich mit der Frage befaßt und rundsächlich auf den Standpunkt gestellt, daß eine tatsächliche eintretende Verteuerung der Lebenshaltungsweisen durch Lohnerhöhungen auszugleichen sei. Sie hat die einzelnen Arbeitsgemeinschaften um Weiterbehandlung der Frage ersucht. Hiernach liegt zurzeit ein Anlaß zum Eingreifen von Reichsorganen vor.

Neue Reparationszahlung in Amerika. Wie aus Neuport gemeldet wird, hat Deutschland durch fünf Banken eine Zahlung von fünf Millionen Dollars auf die bis zum 31. August fälligen Reparationsraten geleistet. Der Betrag ist auf das Konto der Bank von England eingezahlt worden.

Kapitänleutnant Fahig stellt sich dem Reichsgericht. Wie die „Leipziger Abendpost“ berichtet, hat der frühere U-Boot-Kommandant Kapitänleutnant Fahig, der bekanntlich das englische Linienschiff „Mandoverry Castle“ torpediert hat und deshalb von den Engländern des Nordes beschuldigt wurde, erst jetzt in Südamerika, wo er sich eine neue Existenz aufgebaut hat, von der Beurteilung seiner beiden U-Boot-Offiziere Boldt und Dithmar erfahren. Er hat daraufhin erklärt, er werde nach Deutschland kommen sich selbst dem Reichsgericht stellen und bekunden, daß er allein die Verantwortung trage. Boldt und Dithmar hätten nur seine Befehle ausgeführt und wären andernfalls natürlich wegen Gehorsamsverweigerung vor ein Kriegsgericht gezogen worden. Es ist anzunehmen, daß die beiden verurteilten Oberleutnants Boldt und Dithmar, die in Einzelhaft sitzen und demnächst nach Kottbus überführt werden sollen, bei einer neuen Verhandlung durch den U-Boots-Kommandanten Fahig bedeutend entlastet werden.

Um die Zigarre eines französischen Offiziers. Am Schlafwagen des D-Zuges Berlin-Nordern spielte sich eine wenig erquickliche Szene ab, die eine rote General-Mastermann's von der Interalliierten Militärkommission in Berlin an die deutsche Regierung zur Folge hatte. Der französische Artillerieoffizier Langevin rauchte im Schlafwagen entgegen dem Rauchverbot eine Zigarre trotz wiederholter Beschwerden der Mitreisenden, bis ihm ein deutscher Herr die Zigarre aus der Hand schlug. Darüber geriet der Franzose so in Wut, daß er die Notbremse zog. Da er sich der Feststellung seiner Personalien widersetzte, das Zugpersonal sich jedoch weigerte, die Fahrt fortzusetzen, bevor nicht der Franzose entfernt sei, mußte der Kapitän schließlich durch Polizei aus dem Zuge geholt werden. In der eingangs erwähnten Ententennote wird Genehmigung für den ungehörigen französischen Offizier verlangt. Die deutsche Regierung beschäftigt sich mit der restlosen Aufklärung des Falles, an der auch die deutsche Öffentlichkeit ein Interesse hat.

Korfanth abgeblüht. Das Reutersche Büro meldet aus Paris: Auf Befehl der britischen Regierung hat die britische Bottschaft Korfanth, der nach London zu gehen wünscht, um dort für die polnische Sache zu wirken, das Passivum verweigert. Der

Pariser „Eclair“ meint hierzu gekränkt, daß England für die bolschewistischen Kommissare, die sich den Weltfrieden bedrohen, mehr Gaffreundchaft zeigen als für die polnischen Patrioten, die die Freunde der Entente (1) sind, und nichts weiter verlangen, als die Stützen der Ordnung in Mitteleuropa (2) zu werden.

Neue Zeitungsverbote im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandkommission verbietet den Vertrieb der „Frankfurter Nachrichten“ im besetzten Gebiet für die Dauer von drei Monaten wegen eines Artikels „Nacht für Hoppard“, ebenso der „Münchener Neuesten Nachrichten“ wegen eines Artikels „Wilde Tiere“ und des „Zulieferers“ der „Süddeutschen Monatshefte“, das eine „Gegentrechnung“, die Dr. Gillingger zusammengestellt hat, enthält.

Einigkeit über Oberschlesien. Die „Freiheit“ schreibt zu dem Bericht über die Besprechung, die Minister Dominicus in Breslau mit den Vertretern aller Parteien hatte, sie nehme ohne weiteres an, daß an dieser Besprechung Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht teilgenommen haben. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Vertreter der U. S. P. D. bei dieser Besprechung anwesend waren und einer ihrer Vertreter sogar als erster sich an der Diskussion beteiligte. Es kann auch festgestellt werden, daß die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie am Schluß mit sämtlichen anderen Parteien in dem Bunde übereinstimmen, in den kommenden nächsten Wochen hinsichtlich der ober-schlesischen Frage eine politische Einheitsfront darzustellen.

Die weltliche Schule findet keinen Anklang. Der Bauverband Thüringen der sozialistischen Lehrer Deutschlands hatte eine Agitationschrift „Die weltliche Schule“ in einer Auflage von 10 000 Stück gegen Kredit drucken lassen, in der Hoffnung, daß sie reichlichen Absatz finden würde. Jetzt schreibt der Verband im „Sozialistischen Erzieher“: „Wir müssen die betrübliche Erfahrung machen, daß der Absatz unserer Broschüre sehr flau geht.“ Das liegt aber nicht daran, daß der Programmpunkt der weltlichen Schule vernachlässigt worden ist, sondern daran, daß auch in großer Teil der sozialistischen Eltern von der weltlichen Schule nichts wissen will.

Eine Verfassungsfeier am 11. August. Bei der Wiederkehr des Tages, an dem vor zwei Jahren die Reichsverfassung in Kraft trat, wird am 11. August in der Berliner Opernhäuser auf Veranlassung der Reichsregierung eine Gedenkfeier stattfinden. An die in Berlin residierenden Behörden des Reiches und Preußens, die Parlamente und Persönlichkeiten der Politik und Wirtschaft sind Einladungen ergangen. Den Mittelpunkt der Feier bildet eine Rede des württembergischen Staatspräsidenten Hieber über den Gedanken der neuen Reichsverfassung.

Rundschau im Auslande.

Das englische Unterhaus hat beschlossen, daß nach drei Jahren die Frauen zum bürgerlichen Staatsdienst in England zu denselben Bedingungen zugelassen werden sollen wie die Männer.

Die griechischen Truppen setzen den Vormarsch auf Angora fort. Füzgler haben die Stadt wiederholt mit Bomben belegt.

Spanien: Die Kämpfe in Marokko.

Aus einer in Madrid veröffentlichten Mitteilung des Kriegsministeriums geht hervor, daß den Spaniern eine Reihe von kleineren Unternehmungen in den vorgehenden Stellung von Melilla mit geringen Verlusten gelungen sind. Rifinga wurde von 5 Landungskompanien besetzt. Die Landung fand unter dem Schutz der Schiffsgechäfte statt. Aus Jela an trafen in Melilla ein Offizier und einige Soldaten ein, die Nachrichten konnten und die erzählten, daß die Verteilung mit den Rifabanden freien Abzug nach Ablieferung ihrer Waffen verabredet hatten, dann aber bei der Ausführung des Abkommens von den Rifanten heimlich zum größten Teil niedergemacht wurden.

Scherz und Ernst.

Zur Geschichte des Fracks. Man sagt, Ludwig XIV. habe den Frack eingeführt, andere meinen, die Erfindung sei einem Reiter aus dem Heere Friedrichs des Großen zu danken, der die ihm beim Durchstreifen hinfälligen Rockstücke zurückschlug und damit bald Nachahmer fand. Als distinguierter Kleidungsstück ist der Frack aber erst von Goethe in die Gesellschaft eingeführt worden, und zwar eigentlich erst, als der große Dichter nach Weimar kam. Siegfried trug er hier bei festlichen Gelegenheiten seine „Berther-Uniform“: blauen Frack mit Messingknöpfen, gelbe Weste, Lederhose und Stulpenstiefel. Insbesondere die Damen waren entzückt davon; bald legte die ganze Hofgesellschaft die neue Tracht an, die Tracht der emancipierten Geister, und es kann nicht wunder nehmen, daß eben deshalb die Bitteraten sie ganz besonders bevorzugten. Später wurde er zum politischen Parteizeichen, als in Frankreich die Versammlung der Notabeln stattfand. Der Adel erschien hier in goldstrotzender Uniform, der dritte Stand im einfachen Frack. Sogar Philipp Egalite, der Vater des Königs Louis Philipp, bestieg das Schaffott in gelben Hosen und grünem Frack. Aus dem revolutionären Frack wurde bald das vornehmste Gesellschaftskleid, aber man trug es nur noch in schwarzer Farbe. Goethes höchste Gala war zuletzt schwarzer Frack, schwarze Beinweider, weiße Weste, seine Manschetten, auf der Brust den Stern des Falken-Ordens.

56 000 Tanzschritte. Ein Statistiker hat berechnet, daß während eines gewöhnlichen Ballsabends, der durchschnittlich 7 Stunden dauert, nicht weniger als 56 000 Schritte von einer beliebigen Tänzerin gemacht werden; das entspricht einem Spaziergang von mehr als 40 Kilometer, die Schrittzahl eines Walkers von gewöhnlicher Länge entspricht einem Spaziergang von 1,25 Kilometer, die eines Kontretanzes von einem Kilometer, die eines Galopps von 1,5 Kilometer. Würden diese Bewegungen in freier, frischer Luft betrieben, auf der Wiese oder abwechselnd mit Tennisspielen, ihr Vorteil für Gesundheit und schöne Figur wäre unberechenbar.

Der Verfall der Gebirge. Wie der französische Gelehrte A. de Dapparent behauptet, werden im Laufe der Zeit sämtliche Gebirge von der Erdoberfläche verschwinden. Wenn die jetzt auf unsere Erdoberfläche wirkenden Naturkräfte ihre augenblickliche Stärke beibehalten, so werden nach Ansicht des Genannten in 2 1/2 Millionen Jahren alle Unebenheiten der Erdoberfläche ausgeglichen sein. Als ein maßgebendes Beispiel hierfür führt de Dapparent den Juridag der Ardenennen an, die ehemals eine Kette der Alpen bildeten, sich aber schon zu Anfang der Tertiär-Periode zu ihrer jetzigen Dimension zusammengesogen. „Die Alpen“, sagt er, „stellen die Jugend, die Pyrenäen die Vollkommenheit, und die Berge der Provence den Verfall der Gebirgszüge dar, während das Mittelhochland von Frankreich dem Tode und seiner Zerfetzung gleicht.“

Seltene Bewillkommung eines Herrn. Ein Einwohner von Nancy hatten im Jahre 1604 erfahren, daß der König von Frankreich durch ihre Stadt kommen werde. Alles wurde aufgeboten, um dem Herrscher einen recht feierlichen Empfang zu bereiten. Einem Wegweiser mit hölzerner Hand wurde ein prächtiger Handschuh angezogen, um der Etikette bei dem Empfange des Fürsten in jeder Beziehung gerecht zu werden.

Die alte Predigt. Ein Pfarrer liebte es, witzvolle ältere Predigten öfter mal von der Kanzel zu wiederholen, war aber in Bezug auf seine Rednergabe nicht ganz frei von Eitelkeit. So fragte er eines Tages ein älteres Mitglied seiner Gemeinde, wie ihn die heutige Predigt gefallen habe, ohne zu wissen, daß der Herr sie schon einmal gehört hatte. „O, großartig!“ erwiderte der alte Mann. „Diese Predigt hatte ich immer sehr gern!“

Verjährung des Landarbeiterkreises in Mecklenburg. Die „Völkischer Zeitung“ meldet aus Schwerin, daß nach Abbruch der Verhandlungen im Ministerium in einer Versammlung der Vertreter der Landarbeiterschaft, der Kreis- und Ortsgruppenführer mit überwältigender Mehrheit beschlossen wurde, beim Zentralvorstand die Zustimmung zum Streik zu beantragen.

Zurück einen Automobilunfall tödlich verunglückt. Der Berliner Kaufmann Ullke ist mit seinem Chauffeur Scharting bei Kaufbeuren (Schwaben) tödlich verunglückt. Der Chauffeur war auf der Stelle tot, Herr Ullke erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen.

Amerikanische Fabrikspionage. Vor einigen Wochen versuchte ein amerikanischer Chemiker durch Beschaffung von einem Chemiker der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Mannheim Fabriksgeheimnisse zu erforschen. Der deutsche Chemiker gab seiner Firma Kenntnis davon und es gelang jetzt, den amerikanischen Chemiker zu verhaften.

Neue Hitze. Nachdem in den letzten Tagen in vielen Gegenden Deutschlands Gewitterregen niedergegangen waren, und für den Augenblick eine merkliche Abkühlung gebracht hatten — in Baden und Württemberg waren die Temperaturen nach zweimonatiger Trockenheit von 37 Grad auf 16 Grad gefallen —, steht schon wieder der Beginn einer neuen Hitzeperiode unmittelbar bevor. Das vom Biscapafsee nach Mitteleuropa gelangte Hochdruckgebiet beherrscht schon wieder völlig die Wetterlage, so daß schon wieder die besten und erfreulichsten Ausblicke auf neue Tropenglut und die mit Recht so beliebten 35 Grad im Schatten bestehen.

Kleine Nachrichten.

Auf der Strecke Soosau-Guben entsagte ein mit englischen und französischen Soldaten besetzter Zug. Soweit bisher bekannt, ist nur unwesentlicher Materialschaden entstanden.

Ein Großfeuer hat einen großen Teil der Fabrikanlagen der Glasbläserwerke Hirsch, Janke und Co. A.-G. in Weißwasser in der Oberlausitz vernichtet.

Zwischen Bränden und Wirtensfeld wurde eine junge Dame von zwei Madagassen überfallen, verewaltigt und schwer mißhandelt.

Nach Beridige in Berlin, die amerikanische Botschaft für die Befreiung Oberschlesiens, hat sich mit dem Hofmeister und Hauptmann a. D. Hugo Jäger (Hohenhausen, Oberbayern) verlobt.

Der Herr des Todes.

Roman von Karl Kosner.

(Schluß)

Und dabei sahen sie immer wieder hinauf in jene Höhe, in der das furchtbare Gerüst sich aus dem Rund der Kuppel löste — der graue, unheimliche Lattenbau und diese kurze Bahn, die dann mit einem Male abbrach und die Tiefe unter sich gähnen ließ —

Er lebte nicht mehr. Und er litt nicht mehr. Perez Herrera lag, ein still Gewordener, in seiner kleinen Garderobe, über deren schief ansteigender Decke die Menschen saßen, die ihm so oft zugejubelt hatten.

Auf ein paar Pferdebeden, die man rasch gebreitete, lag er hingebettet, und Franz — der Diener, der nun keinen Herrn hatte — hockte bei ihm, stützte immer noch den Kopf des Toten und konnte nicht begreifen, daß die Augen dieses machtsüchtigen, friedvoll ersuchten Bewußts sich jetzt nie mehr wieder öffnen würden. Da war doch keine Wunde, war doch nichts — Und in der Ecke, bei dem kleinen Tischchen, auf dem die Taschenuhr neben der Brieftasche, dem Schlüsselbund, dem Zigarettenetui lag und sachte dichte, lehnten zwei Vorbeerkränze, deren rote Schleifen wie breite Bänder frischen Blutes niederfielen. Dort standen auch drei Menschen eng beisammen und redeten mit leisen gedämpften Stimmen: der Arzt und der Direktor kurz und der hinkende Sekretär. Und noch war einer da, der sah in einem Stuhl — sah achlos auf den Kleibern des Toten, die da gelegen hatten — und redete kein Wort und meinte: Monsieur Gaston de Sapranoite.

Er war nach seinem glänzenden Debut beim Umkleiden gewesen, als er von dem Unglück hörte — und hatte sich nicht mehr die Zeit genommen, auch nur die dicke Schminke von dem alten faltigen Gesicht fortzunehmen —. Nun war er hier noch in den schwarzen Seidenstrümpfen, den Schnallenschuhen und den Eclairpins. Nur einen bunt gemusterten Schlafrock aus türkischem Kaftmir hatte er überworfen. Seine Tränen

jagten ihm schmutzige Strömen über die Wangen, und auf dem seltsam hohen und spitz zulaufenden Schädel liebten noch ein paar Reste von dem Wachs, mit dem er sich stets das Toupet befestigte, das er während des Auftretens trug. Und Gaston de Sapranoite dachte an die Vergänglichkeit alles Lebens. An diesen so Geseherten, der auch zu ihm stets gut gewesen war, der ihn in seiner schweren Zeit immer getröstet hatte, der gestern nacht bei den Jägern noch so voll von Verheben war, und der jetzt so gestorben war — und an Diane, diese Unvergessene, die doch auch sozusagen im Beruf verunglückt war — und an seine arme Frau, die damals in Marseille der Cholera erlag —. In all dem Leid aber sprang ihm dann jäh eine Sorge auf: Geleste — Geleste! — Ob der Jean die auch gleich gut abgerieben hatte? Das quälte ihn — das ritz ihn aus dem Schmerz, daß er sich wieder fand und sich erhob und sich mit seinem Taschentuch die Augen rieb. Ein paar Sekunden stand er dann noch vor dem Toten und blinzte auf ihn nieder. Ein seltsam drückendes Gefühl von Scham war dabei neben seiner Sorge und neben seinem Schmerz. Das war, als hätte er dem Toten etwas abzubitten — diesen Rückzug — diese Sorge um Geleste, die ihn auch jetzt nicht ließ.

Dann schlich Monsieur Gaston de Sapranoite leise hinaus.

Nach einer Weile ging auch der Kommissionsrat. Er mußte die Einzelheiten des Unfalls der Polizei melden. Aber auch er war unfrei, quälte sich mit Borwürfen, weil er auf dieses letzte Auftreten bestanden hatte. Das reine Glück noch, dachte er, daß der Prinz Heinrich Wilhelm abgelegt hatte!

Als er aus der Garderobe in den Rundgang trat, läste sich aus den Grüppchen von Menschen, die da wartend und scheu, leise wispernd vor der Eisentür gestanden hatten, einer und folgte ihm: Ein untersehter Herr mit vollem, schwammigem Gesicht. Er war sehr blaß, beinahe läsig grün erschien sein Fleisch im scharfen Licht des Ganges. Aber die finsten schwarzen Neuglein stützten erregt und geschäftig hin und her.

Nach ein paar Schritten sprach er den Direktor an und nannte seinen Namen: „Stettiner — vom Generalanzeiger —“, und fragte und belam Auskunft. Dem Kommissionsrat lag ja selbst daran, die Sache nun auch in der rechten Form hinauszubringen. Herr A. S. Stettiner dankte und ging mit raschen Schritten dem Ausgang des Zirkus zu.

Im Vestibül stand er sekundenlang vor einem dieser grellen Bilder, auf denen Perez Herreras Todesprung dargestellt war. Der schmale, rote Streifen mit dem kurzen Saße: „Heute zum letzten Male!“ hielt ihn fest. Dann prustete er und schob sich den Zylinder tief ins Gesicht zurück. Scheußlich! dachte er, scheußlich! Und er erinnerte sich, wie er wieder weiter schritt, des Tages, wie lang — wie kurz erst — war das her? da er dem Manne zum erstenmal gegenübergekommen hatte. Ganz deutlich sah er ihn vor sich, so wie er damals war — damals, da er doch eben nach Berlin gekommen war —. Und sah ihn so, wie er ihn heute noch — nur in dem Bruchteil eines Augenblicks — gesehen hatte, als man ihn — eine tote abgetane Sache — aus der Manege trug.

Er schüttelte sich. Ihn ror, wie er nun auf die Straße trat und an dem dunklen Wasser der See, auf deren Stille ein paar große Kühne angeleitet schliefen, hinschritt. Im Schein einer Laterne sah er auf die Uhr. Halb elf. In fünfzehn Minuten konnte er in der Redaktion sein. Er schlug den Kragen seines Ueberrocks auf und dabei suchten seine Neuglein, ob da nicht irgendwo ein Auto läme.

Aus der Burgstraße her schoben sich zwei flatternde Lichter. Immer näher kamen sie.

Herr A. S. Stettiner dachte: Eigentlich war es doch ein Glück, daß ich heute hierhergegangen bin —. Jetzt war das Auto nah und hielt.

Gleich darauf sah er in den Rissen, und der Wagen raste durch das feine Regenrieseln, das die Herbstnacht erfüllte, und das sich als ein Fröhlein über die Menschen und die Dinge legte, dahin.

Im Morgenblatt stand dann die Notiz:

Bei seinem tödlichen Todesprung verunglückt ist gestern (Donnerstag) abend im Zirkus kurz der Mexikaner Perez Herrera. Der Artist, der sich, wie unsere Leser wissen, der „Herr des Todes“ nannte, sprang allabendlich aus der Höhe der Zirkuskuppel über eine kurze Bahn ins Freie hinaus. Sein Trick bestand darin, daß er nach einem riesigen Flug quer über die Manege auf eine zweite, tiefere und gegenüber der Abprungstelle aufgestellte Bahn aufschiel, deren Bogenform dem Anprall des Falles abschwächte. Von ihr wurde der Artist wieder in die Luft geworfen, um dann nach einem Salto mortale den Boden zu finden. Gestern mißglückte der aufregende Trick. Sennor Herrera, der, wie man nachträglich erfuh, schon seit Tagen an einer nervösen Indisposition litt, scheint unter dem Einfluß eines jähren Schwächeanfalles sein Ziel — die zweite Bahn — nur schlecht erreicht zu haben. Statt in die Bahn zu gleiten, fiel er mit der ganzen Wucht des Sprunges auf sie auf, wobei er sich schwere innere Verletzungen zuzog. Der verunglückte Artist, dessen Auftreten seit Wochen die Sensation Berlins gewesen ist, mußte in seine Garderobe gebracht werden, wo er, ohne die Bestimmung wieder zu finden, nach wenigen Minuten verschied. Gemäß werden sich unsere Leser noch des Interviews durch unseren A.-S.-St.-Mitarbeiter erinnern, das wir gelegentlich des ersten Auftretens Perez Herreras im Zirkus kurz veröffentlicht haben. Als eine besondere Tragik muß es nun bezeichnet werden, daß Sennor Herrera gerade mit seinem gestrigen Auftreten sein Berliner Engagement beschließen wollte. Er hatte die Absicht, wieder nach Amerika zu gehen. Nun ist auch er dem unerbittlichen Geschick verfallen, das schließlich der meisten jener Despedados unter den Artisten harret. Wie wir in früher Morgenstunden noch erfahren, hat Perez Herrera, der keinerlei nähere Angehörige besitzt, sein ziemlich bedeutendes Vermögen, mit alleiniger Ausnahme eines begateten an seinen langjährigen Diener, deutschen Wohlthätigkeitsanstalten bestimmt. Deutsche Erde soll dem Einsamen und Heimatlosen nun auch die letzte Ruhstatt gewähren.

Ende.